

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Telefon:
Tagel. : 6795.
Nacht : 6797.

Postkassenzahl: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 12. Dezember 1924.

Nr. 290.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Zahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag (Aussch.) 1924.

Der Streit der Brüder.

Der Senat, der eine Versammlung der Abgeordneten sein soll, hat sich am Mittwoch als ein Tummelplatz der reiferen Jugend gezeigt. Es ging da hoch her und man hätte den gelehrteren, älteren Herren das Temperament, das sie entwickelten, gar nicht zugetraut. Was sich da an Aufregung ausstobte, das bringt nicht einmal das Abgeordnetenhaus, das auch zu normalen Zeiten eine abnormale Ueberhebung der Geister zeigt, nicht so leicht fertig. Ganze Gruppen der Senatoren der Koalition schienen eine Wette abgeschlossen zu haben, wessen Stimme am stärksten sei und einer von ihnen ging sogar schon zum tätlichen Angriff auf einen slowakischen Bruder über, der von einigen deutschen Senatoren noch knapp davor bewahrt werden konnte, durch die Faust von der Güte der tschechoslowakischen Unität überzeugt zu werden. Schließlich mußte sich der ratlose und anerkannt unfähige Präsident nicht anders zu helfen, als daß er dem slowakischen Redner, der gerade sprach, das Wort entzog. Auf die slowakischen Volksgenossen wird es gewiß außerordentlich beruhigend wirken, wenn sie hören werden, wie im Prager Parlament die Redefreiheit ihrer Vertreter geachtet wird! Gewiß, der Redner, Dr. Kovalik, hatte in echt klerikaler Treibhaftigkeit behauptet, der Hussitismus habe die Slowakei ausgeplündert und ausgeraubt. Es war ihm dabei gewiß nicht um eine geschichtliche Reminiszenz zu tun, sondern darum, den Hussitismus als eine dem katholischen Klerikalismus verhasste Idee zu beschimpfen. Es ist auch zu toll, wenn ein Klerikaler die Ausschreitungen der hussitischen Heere anklagt, denn im Laufe der Jahrhunderte wurden im Namen und Auftrage der katholischen Kirche hundertfach größere Bluttaten und Grausamkeiten verübt, als die Kriege der Hussiten im Gefolge hatten. Aber der vorstehende Senatspräsident hätte sich damit begnügen können, daß der Redner seine Äußerung widerrief, er habe unter Hussitismus nur die Soldateska verstanden, die damals in die Slowakei eingebrochen ist. Doch die See raste nun einmal und wollte ihr Opfer haben, und sie raste, weil der slowakische Redner die schöne Idylle der Einheit des tschechoslowakischen Stammes, seiner Eintracht, die Vorstellung seiner Kultur-, Sprach- und Interessengemeinschaft — zerstört hatte. Denn Senator Kovalik sprach als Oppositionsredner und wehrte sich aus Leidenschaft gegen die Annahme, die Slowaken säßen sich als die von den Tschechen erlösten Brüder an.

Das war es eben, was die Koalitionssenatoren so in Harnisch brachte, daß sie gänzlich an die Pflicht der Ruhe, wie sie älteren Herren ziemt, vergaßen. In dem Streit zwischen dem von den Klerikalen geführten Teil des slowakischen Volkes und den Tschechen, ob Tschechen und Slowaken ein Volk seien und ob die tschechische und die slowakische Sprache dasselbe sei, mögen wir uns nicht hineinmengen, darüber müssen wir uns kein Urteil an und diese Fragen können nicht durch einen Ringkampf in der politischen Arena entschieden werden. Man wird uns auch nicht zumuten, wir hätten für die von Vater Hlinka geführte slowakisch-klerikale Partei Sympathien übrig. An dem Komödienpiel, das einige deutschbürgerliche Zeitungen aufführen und die Tränen vergießen, weil angeblich in der Slowakei seit dem Umsturz gegen den religiösen Sinn der Bevölkerung und die „steinernen Sinnbilder ihres frommen Idealismus“ (wörtlich in der „Bohemia“ zu lesen, die sonst nicht von lauter katholischen Glaubenszeigeren geschrieben wird!) ein ununterbrochener Kampf geführt werde, nehmen wir nicht teil. Die Klerikalen in der Slowakei üben sich, ähnlich wie hier, nur noch unverschämter, in der Rolle der schuldlos Bedrückten und Verfolgten und mit noch größerem Erfolge als hier verstehen sie es dort, den religiösen Sinn der kulturell rückständigen Schichten für ihre höchst irdischen

Die Staatsbeamtenvorlagen.

Prag, 11. Dezember. Die Beratungen über die Staatsbeamtenvorlagen wurden am Mittwoch und Donnerstag fortgesetzt und es kann als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß die Vorlagen der montägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden. Der Inhalt der Vorlagen, den wir untenstehend nach einem Referat Dr. Rokosch im Volkshausauschuß der tschechisch-klerikalen Volkspartei wiedergeben, ist wohl nicht mehr strittig. Es handelt sich nur mehr um die Bedeutung, die über eine Milliarde Kronen erfordert. Man spricht neuerlich von einer Erhöhung der Zuckersteuer, von einer Kumulierung dieser Frage mit verschiedenen Zollmaßnahmen und schließlich ist in der Koalition auch ein Vorschlag betreffend eine Erhöhung der Eisenbahntarife um zehn Prozent gemacht worden.

Mittwoch abends empfing in Vertretung des Ministerpräsidenten Innenminister Malypetr die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen der koalitierten Parteien, die größtenteils Mitglieder der Staatsangestellten-Dezision sind. Der Minister erklärte, daß die Regierung die Schwierigkeit der Staatsangestelltenfrage einsehe, daß sie aber verpflichtet sei, für eine Administrative zu sorgen, die die Steuerfähigkeit der Bürgerschaft nicht überlaste. Die Regierung sei zu einer schrittweisen Regelung bereit, muß aber gleichzeitig eine Restriktion des Personals und eine Reform der Verwaltung durchführen. Die Vertreter der Koalitionsgewerkschaften brachten jedoch ihre Wünsche vor und besprachen die ihnen vorgelegten Gesetzesentwürfe.

Die Regelung der materiellen Verhältnisse.

Alle Staatsangestelltenkategorien erhalten für das Jahr 1924 eine zwanzigprozentige Ortszulage. Die Beamten mit Hochschulbildung sind hiervon ausgenommen; sie erhalten dieselbe Zulage wie im Vorjahre. Im Jahre 1925 werden die Ortszulagen an die Staatsangestellten in Monatsraten ausbezahlt. Die Richter erhalten zwölf Millionen an besonderen Zulagen. Die Militärgastisten erhalten ebenfalls eine sogenannte Berufsbeihilfe im Gesamtbetrag von 58 Millionen Ks.

Der Staatsbeamtenabbau.

Die Vorlage trägt den Titel „Ersparungsmaßnahmen in der Verwaltung“. Der Staat beschäftigt 342.000 Staatsangestellte. Im Jahre 1925 wird diese Zahl um zehn Prozent herabgesetzt. Es wird hierbei wie folgt vorgegangen:

Die Staatsangestellten können freiwillig ihr Amt verlassen. In diesem Falle erhalten sie bei einjähriger Dienstzeit einen Mo-

natgehalt, bei längerer Dienstzeit einen Monatsgehalt, multipliziert mit der Zahl der Dienstjahre. Die Abfertigung darf nicht 24 Monatsgehälter übersteigen.

Anspruch auf Auszahlung der Ruhegenüsse hat der Staatsangestellte erst dann, wenn durch einen Amtsarzt eine dauernde Erwerbsunfähigkeit festgestellt wird. Längstens aber an dem Tage, an dem er das 60. Lebensjahr erreicht.

Der Angestellte, der am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes wenigstens zwanzig Dienstjahre, bzw. Anspruch auf ständige Pension für eine kürzere Dienstzeit als 35 Jahre, mindestens aber für 18 Jahre hat, kann auf sein eigenes Gesuch in dauernde Pension versetzt werden, ohne Erfüllung der Bedingungen, die gesetzlich bisher galten. Bis zu der Zeit, in der Anspruch auf volle Pension erhoben werden kann, längstens aber auf die Zeit von zwei Jahren, erhält der Staatsangestellte zu den Ruhegenüssen einen Zuschlag der gleich ist der Differenz zwischen diesen und den vollen Ruhegenüssen.

Bei gezwungenem Abgang sind die Bedingungen andere. Die Vorlage stellt fest, daß der Angestellte, der eine kürzere anrechenbare Dienstzeit als zehn Jahre hat, in dauernde Pension mit einer einmaligen Abfertigung versetzt werden kann. Diese Abfertigung beträgt die Hälfte der oben angeführten. Davon, daß der Angestellte in die dauernde Pension versetzt ist, muß er schriftlich verständigt werden mit der Aufforderung, daß er nachträglich in acht tägiger Frist den freiwilligen Abgang aus dem Dienst anmelden kann. Folgt er dieser Aufforderung, so muß ihm eine Abfertigung in der Höhe von 75 Prozent der oben angeführten gewährt werden. Ein Angestellter, der wenigstens zehnjährige einrechenbare Dienstzeit hat, kann in dauernde Pension mit den zugehörigen Gemissen versetzt werden. Anstelle dieser Gemisse kann ihm auf sein Gesuch eine Abfertigung in der Höhe von 75 Prozent der oben angeführten gewährt werden.

Die Auswahl derer, die aus dem Staatsdienst entlassen werden sollen, soll nach ihrer Fähigkeit erfolgen. Die besser qualifizierten Angestellten sollen, auch wenn sie es selbst fordern, nicht entlassen werden. Weiters soll auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten Rücksicht genommen werden. Schriftweise sollen auch ledige Angestellte vor verheirateten, kinderlose verheiratete vor solchen mit Kindern für die Entlassung in erster Linie in Betracht kommen. Die Entlassungen sollen von einer besonderen Kommission, in der Vertreter aller Parteien sitzen, vorgenommen werden. Das Gesetz gilt auch für Angestellte öffentlicher Korporationen. Es soll für Länder, Gauen, Bezirke und Gemeinden gelten. Wenn

Für den Starrsinn und die Herrschsucht der Machthaber ist es bezeichnend, daß sie bisher nicht einmal zu den Slowaken ein einträchtiges, friedliches Verhältnis herzustellen vermochten, sondern, daß sie die Klüft zwischen dem tschechischen und slowakischen Volkstamme immer tiefer aufreißten. Man kann nicht übersehen, daß der slowakische Klerikalismus den Kampf gegen die Prager Regierungsmethoden als Vorspann für seine klerikalen Machtgelüste auszunutzen weiß, aber um so unfähiger zeigt sich eine Staatskunst, die es versteht, dem Gegner so trefflichen Agitationsstoff zu liefern. Der Senat hat am Mittwoch in den leidenschaftlichen Hahaussbrüchen ein Bild der Zustände im Staate gezeigt. Wenn an der Spitze der Regierung ein weitblickender Staatsmann stünde, er müßte wissen, daß der Staat an allen Gliedern krank ist und danach sein Heilungsverfahren einrichten, das nur in der Schaffung voller demokratischer und nationaler Gerechtigkeit liegen kann. Herrn Svehla aber interessiert das nicht, er ist unsichtbar und seine höchste Kunst ist, das Bestehende, mag es noch so brüchig und morsig sein, zu leimen. Indessen verrinnt kostbare Zeit, ohne daß die Entwicklung zur Gesundung einsetzen könnte. Die in Haß aufeinander losfahrenden tschechischen und slowakischen Brüder lehren, wohin die Dinge gehen!

diese Korporationen bis 1. Jänner 1926 das Gesetz nicht anwenden, wird die Regierung hiezu ermächtigt.

Gleichstellung der Alt- mit den Neupensionisten.

Das Pensionsgesetz regelt definitiv die Altpensionistenfrage, und zwar durch die Bestimmung, daß die Altpensionisten den Neupensionisten völlig gleichgestellt werden. Weiters ist für alle Pensionisten ohne Pensionsgrundlage von 35 Jahren festgesetzt.

Die Lehrerbezüge.

Das Präsidium des tschechischen Landeslehrerverbandes teilt seinen Angehörigen auf Grund vertrauenswürdigster Informationen mit, daß bei der sogenannten kleineren Regelung der Staatsbeamtenbezüge auch mit der Lehrerschaft gerechnet werde und daß man für das Jahr 1924 mit einer Quote rechnen könne, die zwei Dritteln von 20 Prozent der Jahreerhöhung der Ortszulage gleichkommt. Die geringste Quote soll 240 K betragen, aber parlamentarische Kreise bemühen sich für ihre Erhöhung auf 300 K; die entsprechende Vorlage werde wahrscheinlich erst später im Parlamente vorgelegt werden, da die Schlussredaktion noch nicht erfolgt ist und ein Teil der Bedeckung fehlt. Es wurde auch das Ersuchen gestellt, in die Vorlage auch die Erhöhung der Paritätszulagen für Lehrer an Bürger Schulen um 75 Prozent, an die in dem Gesetze Nr. 392 vergessen wurde, aufzunehmen, was auch versprochen wurde.

Budgetdebatte im verlassenen Senat.

Prag, 11. Dezember.

In dem von der Opposition verlassenen Senat wird die Debatte über das Budget in einer Weise abgeführt, die der im Abgeordnetenhaus jüngst abgewickelten nicht im geringsten nachsteht. Nicht nur die Bänke der Opposition sind leer, auch die koalitierten Parteien sind im Saale nicht anwesend und nur hier und da kommen einige Senatoren schauen, „was los ist“. Und siehe da, „nie so tan nedže“ (nicht geschäft) und sie verlassen wieder den Saal.

Oben am Präsidentenstuhl aber sitzen abwechselnd Präsident Donat und die Vizepräsidenten und schauen mit müdem Blick in das leere Haus. Die Rednertribüne bestigt ein Redner nach dem anderen, liest ein — von wem? — aufgeschriebenes Sprüchlein ab, legt sein lächerlich ein Blatt nach dem anderen in die schöne schwarze Wanne und geht wieder. Darauf geht die Rede durchs Haus und der Vorsitzende hat beim Worterteilen besonderes Glück, denn der Senator, der als nächster Redner an die Reihe kommt, ist gerade vor fünf Minuten in den Saal gekommen. (Saalbesucher waren bereits eine halbe Stunde früher erfolgreich auf der Suche.)

Eine Rede Praseks brachte in diese Eintönigkeit etwas Leben. Er erklärte, es sei seine Pflicht, sich bei jeder Gelegenheit gegen die fortgesetzten Angriffe auf seine Person zu wehren. Dann polemisierte er zunächst gegen die Vorwürfe des Genossen Dr. Sella, daß er seinem Neffen einen billigen Grabschmuck verschafft habe. Er verlangte von Dr. Sella nicht, daß ihm die konservative und rechts gerichtete Politik gefalle, er werde aber immer aus Sella's Unpolitik bekämpfen. Auf die Worte des Präsidenten antwortend, daß die Entwicklung nach links gehe, erklärte Prasek, die Ereignisse hätten gezeigt, daß der Zug der Zeit viel mehr nach rechts gehe. Von den tschechischen nichtsozialistischen Politikern verteidige niemand mehr das Links. Der vielfach gewählte goldene Mittelweg sei nichts als eine Bewegung von links nach rechts. Nachdem er noch auf weitere Zeitungsangriffe gegen seine Person reagiert, bezeichnete er es als Schwäche der Koalition, daß sie in den Beamtenfragen nicht den Mut habe, das Geld dort zu nehmen, woher es genommen werden könnte. Kurz vor seiner Rede sei ein Koalitionsmann zu ihm gekommen und habe ihm erzählt, daß man bei der Eisenbahn viel ersparen könne. Der Betreffende selbst könne dies aber aus Rücksichten auf seine Partei nicht selbst zur Sprache bringen. Prasek bezeichnet ein solches Vorgehen als Feigheit. Bei seiner Forderung nach Abschaffung der Abfertigung der Beamtengehälter wurde er wiederholt von rassistischen Zwischenrufen der tschechischen Sozialdemokraten unterbrochen. Seiner Rede wurde kein Beifall gezollt.

Staatsangestellten-Abbau

Während der Budgetreferent der Koalition, Prof. Erdinko, im Budgetausschuß von der Notwendigkeit, die Zahl der Staatsangestellten zu verringern, gesprochen hat, geht das Geistes des Abbaues drohend um. Die Weisheit, nach welcher die Beamtenfrage auf dieses Geleise verschoben wurde, ist eines Machiavelli oder Loyola würdig. Begonnen nämlich hat die Aktion mit der Forderung der Staatsbeamten nach Besserstellung. Die Angestellten aller Kategorien, Akademiker und Manipulationsbeamte, Tschechen und Deutsche hatten der ewigen Verirrtungen auf Gehaltserhöhung und Dienstpragmatik endlich genug bekommen, selbst die regierungstronimen tschechisch-bürgerlichen Verbände begehrten das Zugeständnis der Politik, daß die Lage der Staatsbeamten tatsächlich unhaltbar geworden sei. Namentlich die Nationaldemokraten um Dr. Aramarsch konnten sich an Versprechungen (besonders, wie sich das bei den Herren von selbst versteht, für die Akademiker) nicht genug tun, nur, klang ein leises „Aber“ auf: Gehaltserhöhungen ohne eine gewisse Einschränkung der Angestelltenzahl würde sich schwer durchführen lassen. Damit begann es. Seit damals wurde es um die Besserstellung immer stiller, die Erhöhungen schrumpften zu Zulagen zusammen, wie sie auch bereits voriges Jahr, vor dem Einsetzen der Teuerungswelle, gewährt worden waren, nur ein beleidigendes Trinkgeld soll außerdem gewährt werden: nämlich eine zwanzigprozentige Erhöhung der sogenannten Ortszulagen, die dem einzelnen Beamten zwischen zwanzig bis sechzig Kronen monatlich mehr einbringen dürfte. Nobel, nicht wahr? besonders, wenn man bedenkt, daß die Hausherren durch die Forderung des Mieterschutzes den Angestellten doppelt soviel wieder abspöpfen.

Während so die Versprechungen und Zulagen zu einem erbitternden Nichts zerfallen, brüht die Drohung des Abbaues harte Wirklichkeit zu werden. Hält man sich an die geringsten Ziffern, die seit Wochen von den Regierungsparteien in die bürgerliche Presse lanciert wurden, so werden mindestens dreihunderttausend Angestellte daran glauben müssen. Und wenn man den Hausstand jedes Abgebauten mit drei Personen ansetzt, so werden durch die geplante Maßnahme ungefähr hunderttausend Menschen aus ihrer bisherigen Lebensstellung geworfen. Nicht genug daran, sollen auch die autonomen Körperschaften, die Gemeinden, Bezirke- und Landesverwaltungen, zu einem ähnlichen Verfahren gezwungen werden, der Arbeitslosenmarkt kann sich also leicht, wenn die Radikalur des Dr. Erdinko Wirklichkeit werden sollte, um anderthalbhunderttausend Menschen vermehren. Eine augenfällige Demonstration, daß sie Protestierer sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen und jeden Tag, wenn es dem Unternehmer Staat beliebt, aufs Pflaster geworfen werden können, konnte den meist bürgerlich gesinnten Staatsangestellten wirklich nicht zuteil werden!

Wenn heute die Machthaber dieses Staates ihren Beamten und Bediensteten, um ihnen das Aufmunten gegen die Hungerlöhne gründlich zu verleiden, so brutal die Faust zeigen, so glauben sie sich dabei auf das Beispiel Oesterreichs und Deutschlands berufen zu dürfen. Der Vergleich trifft aber nicht zu. Denn die deutsche und österreichische Staatsverwaltung wurden zu ihren Zwangsmaßnahmen durch das Ausland gezwungen: die famose Seipel-Sanierung, deren Wert hier nicht zur Erörterung steht, und der Dames-Plan, sind ohne einen Beamtenabbau undurchführbar. Solch ein Zwang ausländischer Geldgeber besteht, soweit die Öffentlichkeit darüber orientiert ist, hierzulande nicht, es sei denn, daß der Schwiegerjohn des Herrn Finanzministers in seinen Familienbriefen anders lautende Meinungen aus London und New York übermittelt hätte. Und diese würden jedenfalls mehr dem Militär, als dem Zivilstand gelten, wovon weder das Budget noch Dr. Erdinko noch Minister Udrzal etwas haben verlauten lassen. Ohne Zwang und Notigung von außen also schreitet die tschechoslowakische Regierung an den Abbau: das heißt, sie setzt sich über die Geleise der Treu und Glauben hinweg, indem sie durch ihre Abstimmungsmaschine ein Gesetz beschließen läßt, das sie von ihren Verpflichtungen gegen Beamte und Angestellte einseitig entbindet. So einfach und angenehm hat es nicht einmal ein kapitalistischer Unternehmer, der muß sich doch um Kollektivverträge, Gewerkschaften u. dgl. wenigstens einigermaßen kümmern. Die Staatsverwaltung aber hat jeden Legionär, der Versorgung brauchte, jeden Patrioten, der sich seine vaterländischen Taten honorieren lassen wollte, jeden Dinkel, Nessel und Weiser des Herrn Gendarmeriewachtmeysters in Pöbelsbrad bedenkenlos, und ohne nach seiner fachlichen Qualifikation zu fragen, in einem Amt oder Betrieb eingestellt und jetzt, überläßt, sieht sie sich nach einem Mittel um, die überzähligen Kräfte wieder abzustufen. Doch die Grundzüge des Abbaues werden, das wissen wir schon, nicht dieselben sein wie die der Anstellung, nicht jene, werden wegeschickt werden, die man aufnahm, ohne sie zu brauchen, sondern die „sprachlich nicht qualifizierten“, die politisch Unliebhamen, die gewerkschaftlich Aufrechten usw. Wofür soll denn das Abbaugesetz den einzelnen Ministern das Recht einräumen, in jedem Refort den Abbau nach besonderen Gesichtspunkten durchzuführen, wenn nicht, um der nationalen und politischen Willkür Tür und Tor zu öffnen?

Das Ergebnis aber wird sein, daß unzählige Männer und Frauen mit einer Abfertigung, die ihnen binnen wenigen Monaten zwischen den Fingern zerfallen wird, oder mit einem unzureichenden Ruhegehalt auf der Straße, auf dem Arbeitsmarkt stehen werden: größtenteils Menschen, die — man denke an Postler, Lehrer, Steuerbeamte —

nichts gelernt haben und nichts treffen, als dem Staate dienen, die also ohne den Staat, oft dem nackten Elend preisgegeben sind. Aber nicht genug daran, daß ihre eigene Existenz schwer bedroht ist, gefährden sie auch durch ihr bloßes Dasein, durch ihre bloße verzeufelte Stellensuche die Existenz unzähliger anderer, deren Lohn durch das Lieberangebot unerträglich gedrückt werden wird, die Besitzer kleiner Pensionen werden gegen einen Spottgehalt Posten annehmen und deren bisherige kleineren Inhaber verdrängen, neue Arbeitslosigkeit wird namentlich unter den Handels- und Industrieangestellten plündern. Von diesem Punkte aus muß die Arbeiter- und Angestelltenbewegung, daß mit dem Abbaugesetz ihre Sache verknüpft ist, der Kampf gegen den geplanten Gewaltstreik muß deshalb ein allgemeiner sein. Die Arbeiterschaft darf nicht dulden, daß die Bourgeoisie, indem sie zehntausende Staatsangestellter brotlos macht, sich zugleich billige Arbeitskräfte in ungezählten Mengen frei macht!

Um die künftige deutsche Regierung. Stresemann als Schrittmacher einer Rechtsregierung. — Die Demokraten gegen sie.

Berlin, 11. Dezember. (Eigenbericht.) Der Reichskanzler Dr. Marx hat heute dem Reichspräsidenten den Rücktrittsbefehl der Koalition mitgeteilt. Es sei anzunehmen, daß der Rücktritt nach dem Zusammentritt der Fraktionen, also im Laufe der nächsten Woche, erfolgen wird. Inzwischen ist man bei den Deutschnationalen mit größtem Eifer dabei, um einen Rechtsblock zustande zu bringen, in dem sie selbst die ausstechende Rolle spielen würden. Von der deutschen Volkspartei wird dieses Treiben unterstützt, während das Zentrum sich noch nicht erklärt hat. Marx selbst läßt keinen Zweifel darüber, daß er sich bedankt, mit seinem Namen eine Bürgerblockregierung zu bedenken. Innerhalb des Zentrums hat in den letzten Wochen die Linksrückung stark an Boden gewonnen: die rechtsorientierten Elemente besonders in Westdeutschland sind vielfach aus der Partei ausgeschieden und zu den Deutschnationalen hinübergegangen. Hier kommt, daß der verflochtene Wahlkampf von den Deutschnationalen mit einem Höchstmaß von Geschäftigkeit und persönlicher Verunglimpfung gegen das Zentrum geführt wurde. Besondere Ehre scheint Herr Stresemann zu haben, sich auch in der neuen Regierung seinen Posten als Außenminister zu sichern. Auf sein Betreiben ist der überraschend schnelle Rücktrittsbefehl gefaßt worden. Eigen-

Die Entlastung des Budgets hängt nicht so sehr von der Einschränkung der zivilen, als der militärischen Ausgaben ab, der radikale ... au des militärischen Machtbrauchs würde sofort das unheimliche Defizit im Staatshaushalte beseitigen. Und er würde ... und Kräfte für produktive Arbeiten freigeben, den einzigen Weg, um die zweifellos überzähligen Staatsangestellten in neue Tätigkeitsgebiete überzuführen. Das wäre die Bahn aus der Sackgasse, eine Bahn freier ... welche die Koalition zu gehen außerstande ist. Denn sie darum schon „abbauen“ muß, so sei sie auf die Verantwortung erinnert, die sie für Unzählige auf sich lädt und die sie verpflichtet, keine anderen Gesichtspunkte gelten zu lassen als die der wirklichen (nicht nur der „sprachlichen“) Qualifikation, des Dienstalters und der sozialen Belastung der in Betracht kommenden Angestellten. Das ist die Stimme der Gerechtigkeit und Vernunft. Sind die Herren von der Koalition instande und gewillt, sie zu übernehmen?

Ich hat er den Kanzler Marx gestürzt. Als neuen Reichskanzler nennt man den Grafen Lerchenfeld von der bairischen Volkspartei, der eine Zeitlang in Bayern Ministerpräsident gewesen ist. Von den Demokraten erfährt man, daß diese sich ganz entschieden gegen eine durch den Bürgerblock verschleierte Rechtsregierung wenden.

Berlin, 11. Dezember. An unterrichteten Stellen nimmt man an, daß der Reichspräsident zunächst erst den Reichskanzler Marx ersuchen wird, abzutreten die Regierung zu bilden. Im Falle einer Ablehnung durch Marx dürfte sich dann der Reichspräsident an einen anderen weiteren rechts stehenden Zentrumsführer oder an den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann wenden, um ihn mit der Bildung der Regierung zu beauftragen.

Marg verhandelt.

Berlin, 11. Dezember. Der Reichskanzler wird morgen die Führer der bisherigen Koalitionsparteien, am Nachmittag auch die deutschnationalen und am Samstag die sozialdemokratischen Parteiführer empfangen, um mit ihnen die Lage zu besprechen.

Amerikas Anteil an den Reparationen

Die amerikanischen Ansprüche gleichberechtigt. London, 11. Dezember. Das Staatsdepartement in Washington befaßt sich augenblicklich mit der Prüfung der Note Großbritanniens in der die britische Haltung zur Frage der Einziehung der Kriegsschuldenansprüche der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland auseinandergesetzt wird. Man betrachtet es als sicher, daß Dupes auf der Anerkennung des Grundgesetzes bestehen wird, daß Amerikas Ansprüche als denen der anderen Mächte gleichwertig behandelt werden sollen.

Zusammenkunft Minicé-Mussolini.

Rom, 10. Dezember. (Stefani.) Minister Minicé konferierte mit Mussolini über verschiedene Probleme, die beide Staaten betreffen. Dieser Aussprache werden weitere Unterredungen folgen, in denen allgemeine und spezielle, beide Staaten interessierende Fragen eingehend geprüft werden sollen.

Das neue Knebelungsinstrument der Horin-Reaktion.

Die neue Geschäftsordnung genehmigt. Budapest, 11. Dezember. (M.F.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde

die Geschäftsordnung auch in den Einzelheiten angenommen, ebenso die Bestimmung, derzufolge dem Präsidenten das Recht eingeräumt wird die Abkürzung der Frist für die Ausschließung konstituierender Abgeordneter in begründeten Fällen vorgeschlagen. Nachdem die neue Geschäftsordnung in der nächsten Session in Kraft tritt, wurde eine Zusatzfrist des Reichsverwesers verlesen, mit der die erste Session der Nationalversammlung mit dem heutigen Tage geschlossen und die zweite Session für den 12. Dezember einberufen wird. Für morgen wurde die Wahl von zwei Vizepräsidenten, acht Schriftführern und einem Quästor angefaßt.

Der Schweizer Bundespräsident für 1925.

Bern, 11. Dezember. Die schweizerische Bundesversammlung hat in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern den Chef des eidgenössischen Finanzdepartements, M. Ush, zum Präsidenten der Eidgenossenschaft für das Jahr 1925 und den Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Gaebelin, zum Vizepräsidenten gewählt.

Inland.

Unangenehme Geschäfte nimmt die Kuffiger kommunistische „Internationale“ auf sich. Dieser Antritt stellt nämlich den Versuch an, die ungeheure Schuldenlast, die auf der Moskauer Internationale und auf den Sowjetkommunisten liegt, abzutragen. Das Zwergblättchen tut dies in sehr erheiternder Weise, indem es, so wie ein kleines Kind, das man dorthin geführt hat, wo es sich unanständig benahm, einfach ständig schreit: das ist nicht wahr, das war nicht ich, ich bin nicht schuld. Was wir jüngst an Entsetzlichen über die Zustände in Russland an Hand der Berichte des kommunistischen Zentralorgans der „Pravda“ gemeldet haben, will die Kuffiger „Internationale“ dadurch abschwächen, daß sie behauptet, es handle sich hierbei um Nachrichten nicht aus dem Moskauer Zentralorgan, sondern aus „irgend einem konterrevolutionären Blättchen“ namens „Nabojaja“. Wir sind leider nicht in der Lage, die Kuffiger Kommunistenzeitung günstigen Lage, feststellen zu können, daß wir uns in der Bezeichnung unserer Quellen geirrt hätten, sondern der Zimmerbericht über die vollkommene Verrottung der russischen Jugend stammt aus der großen Moskauer „Pravda“ selber und dort, wo wir zum Unterschied der „Pravda“ die „Nabotschaja Pravda“ zitierten, taten wir das mit einer Stelle aus der Rede Kachianis, dessen hundertpro-

Die hinausgeschmiffene Ottomane.

Zum Prozeß Esült.

Von unserem ungarischen Korrespondenten.

Es wage noch jemand zu behaupten, daß die ungarische Konterrevolution nicht nur Gewalt, sondern auch die widerlichste Korruption zur Grundlage habe! Ludwig Esült, der über Jahre Korruptionist, der einen schwindehaften Handel mit Ausfuhrbewilligungen auf Weizen, Saatgut, Pferde übte, wurde von dem konterrevolutionären Tribunal des Grafen Bethlen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Offenkundiger kann wohl ein System von einem Mann nicht abstrahlen als daß es ihn auf fünf Jahre ins Zuchthaus schickt. Dieser Prozeß, der der bedeutendste Beitrag zu der Sittengeschichte des hochlich nationalen Kurzes ist, ist mit diesem Urteil bei weitem nicht abgeschlossen. Der Graf, hat die Ottomane, auf der er eine Ehehälfte beim Ehebruch übernahm, weil die ganze Welt es ihm in das Gesicht schrieb, wie es bei ihm zu Hause zuging, nach der bekannten Anekdote auf die Straße geworfen. So schickte Graf Bethlen den Ludwig Esült ins Zuchthaus und moant, daß der Esült-Prozeß damit zu Ende ist.

Es wäre eine arge Heuchelei, behaupten zu wollen, daß Korruption eine spezifische Pflanze des magyarischen Globus sei. Sie ist unzertrennlich schon von dem normal funktionierenden Kapitalismus, geblüht aber besonders üppig, wenn die eine oder andere Form der Diktatur jede wirkliche Kontrolle der Öffentlichkeit ausschließt. Aber man wird doch heutzutage schwer ein Land finden, in dem eine Korruption möglich ist, wie sie in dem Prozeß Esült enthüllt wurde. Nicht daß geschrien wurde, sondern wie es gemacht und wie dann dieser unter fünf konterrevolutionären Flagge begangene Diebstahl drei Jahre hindurch eine der wichtigsten Waffen im politischen Kampfe der konterrevolutionären Gruppen gegeneinander wurde. Selbst diesem Prozeß einen bescheidenen Platz in der Unflirtengeschichte des hochlichmagyarischen, christlich-nationalen Kurzes. Es ist ein Kapitel aus dem Kampfe zwischen den Grafen und den „Arbeitslosen“, der in dieser schmutzigen Geschichte vor dem Gericht ausgefochten wurde. Ludwig Esült war der Sekretär des Bauernführers und Landwirtschaftsministers Stefan Szabo de Nopafad. Er saß im Jahre 1921 im Vorzimmer des Ministers und verkaufte dort an jüdische Händler, wenn sie nur von recht strammen christlich-nationalen Abgeordneten eingeführt waren und wenn sie vor allem über die geblühten Ausfuhrprämie hinaus noch eine Extrorabier für Esült für die Portekasse für „patriotische Zwecke“ zahlen wollten, die Ausfuhrbewilligungen. Aber die Abgeordneten der Konterrevolution, ob sie früher Generalkonstaboffiziere waren, wie der Führer der ungarischen Hakenkreuzer Julius Gömbös oder Gestische, wie der Priester Julius Jalmay machten auch für die eigene Tasche oder für die Kaffe ihrer Organisationen Geschäfte mit den Ausfuhrbewilligungen. Ob mußte man sich nicht einmal ins Ministerium bemühen: in den Kaffeehäusern, vor der Börse, auf dem Pferdemarkt wurden die Blankoblätter mit der Unterschrift des Ministers Szabo verkauft. Aber niemand stieß sich daran: die Diktatur unterdrückte jedes freie Wort und so man sich nicht einmal um die verantwortlichen Menschen zu kümmern wagte, wer hätte mit den ausgeführten Pferden viel Aufhebens gemacht? Die Abgeordneten wurden dabei reich, die jüdischen Händler, die man auf den Straßen verprügelte erhielten eine Genehmigung, die Partei kasse geblüht und für „patriotische Zwecke“ blieb auch noch etwas übrig.

Die Macht der kleinen Landwirte wurde aber den feudalen Herren Bethlen zu groß. In der Presse sprach man von einer „Bauern-diktatur“, die kommen soll. Stombulinsky in Bulgarien, Witos in Polen, Raditsch in Kroatien — all dies war eine große Versuchung für den Nopafader. Dazu kam die ungelöste Bodenfrage im Lande, die die Bauernmassen den kleinen Landwirten antriebe. Wenn sie noch eine große Partei kasse bekommen — sagte sich Bethlen — dann sind die Aussichten auf die Wiederaufhebung der Grafenherrenschaft dahin. Er wirkte natürlich auch, wie jeder andere, von den seltsamen Geschäften, die sich beim Sekretär seines Ministers abwickelten. Nun drehte er seinem Minister aus ihnen einen Strick: hinter dem Rücken Szabos ließ er Esült verhaften, ließ nicht nur in dem Kadnett keine Sekretäre, sondern auch in dem Arbeitsraum seines eigenen Ministers eine Hausdurchsuchung vornehmen, alle Schriftstücke beschlagnahmen und man war der Bauernführer in seinen Händen. Das alles geschah vor drei Jahren: so oft Szabo und die Bauern gegen die Grafenrestauration Front machten, wurde der Esült-Prozeß aus der Versenkung hervorgeholt. Wenn dann Szabo schon klein beigab und seine Leute beschwichtigte, dann hörte man monatlang nichts von der Affäre. Dieser Prozeß schwebte als ein Damokleschwert über dem Haupte des Bauernführers; Bethlen stellte ihm die Alternative, neben ihm in dem Ministeraufsteckel oder neben seinem Sekretär auf der Anklagebank zu sitzen. Aber um diesem Schicksal zu entgehen, mußte er einen hohen Preis zahlen: die Agrardemokratie an die feudalen Grafen verkaufen, die geheime Abstimmung auf den Dorfpreisen, die Selbstständigkeit der Bauernbewegung ausgeben und sich ganz in die Ohhut der Programmbeholder begeben, deren langsamer aber sicherer Vormarsch die eigentliche Sozialgeschichte der Konterrevolution in den letzten zwei Jahren bildet.

Die Freude des Grafen Bethlen an dem guten Gang war allerdings nicht ungetrübt. Unter

den beschlagnahmen Schriften fand er auch Familienbriefe: sein Sohn, Graf Andreas Deshayes, sein Vetter der Sohn des so unheilvollen Stefan Tisza und noch andere Aristokraten gehörten auch zu den Klienten des Esklitt. Außerdem wußten Esklitt und vor allem der Minister Szabo zu viel, es war nicht ratsam sie in Bergwerk zu treiben. Ein fauler Friede war besser, als ein frisch-fröhlicher Krieg. Nun aber über die Taktik des gegenseitigen Vertuschens ohne Esklitt gemacht; der junge Graf, der ein Leben in Sauf und Braus führte, sah im Gefängnis. Eine Zeitlang ließ er sich mit Versprechungen, daß man ihn schon herausbringen werde, narren. Aber dann verlor er das Vertrauen und die Geduld und begann zu sprechen; zuerst gegen Deshayes, weil er auf die Bauern hoffe. Als sich diese Hoffnung trügerisch erwies, gegen Szabo-Nagypatac, der infolge der Aufregungen der letzten Wendung des Prozesses im Oktober d. J. starb. Nun meinte Graf Deshayes, daß die zum Himmel stinkende Affaire liquidiert werden könne. Der Nagypatac aber ist tot, der Prozeß hat seine soziale Funktion vollbracht, da die Bauern führerlos und einseitig hingerichtet sind und ein gefügiges Gericht wird schon den Esklitt zum Schweigen bringen. Darin hat er sich auch nicht getäuscht: so oft im Prozeß Esklitt einen heißen Punkt berühren wollte, erklärte der Vorsitzende, „des gehört nicht hier“ und zuletzt maß er ihm wegen Bestechlichkeit fünf Jahre Zuchthaus zu.

Das Geschwür ist aber an einem anderen Punkte des kranken Organismus aufgegangen. In der Nationalversammlung, wo ein Abgeordneter immerhin freier reden kann, als ein Angeklagter im Gerichtssaal, behauptete der sozialdemokratische Redner G. Hörlh, daß der Ministerpräsident vor Gericht eine falsche Zeugenaussage gemacht hat und forderte die Entsendung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Verwendung der Bestechungsgelder. Die Antwort der Regierung war, daß sie große Standaal-szenen provozierte und damit den Vorwand schuf, daß die bewaffnete Wache fünfzehn Sozialdemokraten aus dem Sitzungssaal der Nationalversammlung schleppe.

Parlamentarischer Opposition, ein Kampfpapier, Rednerbot für oppositionelle Abgeordnete in Versammlungen, Verbot des Straßenverkaufs von sozialdemokratischen Zeitungen, die Demaskierung des Korruptionsparlamentarismus, das sind bisher die unmittelbaren Folgen der Esklitt-Affäre. Wenn die Opposition, vor allem die Sozialdemokraten eine Rückkehr ins Parlament ablehnen, dann wird die fünfjährige Zuchthausstrafe für Esklitt die Schlußstrich der Konterrevolution nicht zum Abschluß bringen, sondern vielmehr dazu den Anlaß geben, daß der ganze unglaubliche und ekelerregende Schmutz, aus dem die christlich-nationalen Erneuerung, einmal gründlich aufgereicht wird. Die Trockenlegung wird und muß dann folgen!

Musland.

Eine tschechische Tscheta.

Der Führer der „Milizia nazionale“ wußte um die Ermordung Matteottis.

Das römische Blatt „Il Mondo“ veröffentlicht Details aus der Anklage Donatis gegen den zurückgetretenen Führer der Milizia De Bono. Das Blatt teilt mit, daß die Verbrecherorganisation, welche allgemein Tscheta genannt wurde, die Führer des Faschismus (Mussolini) und ihre besonderen Vertrauensleute (Dumini, Biola usw.) durch eine Solidaritätsvereinbarung gebunden hat. Eine Gruppe dieser Organisation war im Renzianengebäude am Quirinal, wo General De Bono zwei Funktionen bekleidete, und zwar die Funktion eines Generaldirektors der Sicherheitspolizei und des Chefs der Nationalmiliz. Die Organisation wurde bei einer Zusammenkunft, welche in der Privatwohnung des Ministerpräsidenten stattfand und an welcher auch General De Bono teilnahm, definitiv errichtet. Der Exekutivausschuß der Tscheta war in enger Verbindung mit dem Kommando der Nationalmiliz, welches die Mörder gebunden hat, die nötigen Mittel beistellte, Pläne vorbereitete und die Schuldigen vor der Polizei und vor den Behörden schützte. In der Anklageschrift wird weiter mitgeteilt, daß Cesare Rossi, bevor er sich dem Gericht stellte, sich zu seinen Freunden, unter welchen sich auch Prof. S. imi befand, ungefähr folgendermaßen äußerte: De Bono wußte, daß Vorbereitungen getroffen werden, Matteotti unschädlich zu machen. Zwei Tage vor dem Attentat sollte Dumini dem Rossi mit, daß eine der wichtigsten Aktionen vorbereitet werde, wobei er hinzufügte, daß mit De Bono bereits alles abgemacht sei.

Die Arbeiter lassen sich nicht mehr von Lubendorff fangen.

Der einzige politische Gedanke, der Lubendorff von Peter beigebracht worden war, bestand in der Erkenntnis, daß ein nationalsozialistisch-reaktionärer Umsturz — ein gewalttätiger Aufbruch des Putsches wie ein verfassungsmäßiger auf dem Weg des Bürgerkriegs — ewig eine Utopie bleiben muß, wenn es den Rechtsparteien nicht gelingt, den deutschen Arbeiter einzufangen. Einzig und allein zu diesem Zweck ist ja auch die nationalsozialistische Arbeiterpartei ins Leben gerufen und von der gesamten Reaktion, von den Militärs, der hohen Bürokratie und den Großindustriellen protegiert und finanziert worden. Der Ausgang der Wahlen brachte nun ein Resultat,

das den Rechtsparteien, was offen eingestanden wird, sehr wenig Freude macht. Nicht nur aus dem kommunistischen, sondern auch aus dem nationalsozialistischen Lager lehnen die Arbeiter zur Sozialdemokratie zurück. Mit diesem Nummer stellt die „Berliner Borsenzeitung“ diese Tatsache fest und bezeichnet sie als eine bedeutsame Lehre der letzten Wahlen. Das Blatt illustriert das Anwachsen der Sozialdemokratie an zwei beliebigen herausgegriffenen Beispielen, am Wahlkreis 25 (Niederbayern) und am Wahlkreis 12 (Thüringen). In Niederbayern haben die Nationalsozialisten 37.000 Stimmen verloren, davon an die Deutschnationalen 17.000. Die Sozialdemokraten gewannen insgesamt 30.000, und zwar von den Kommunisten 9.000. Der sozialdemokratische Zuwachsstreit von 21.000 Stimmen ist identisch mit 20.000 nationalsozialistischen Stimmen. In Thüringen haben die Nationalsozialisten 48.000 Stimmen verloren, davon an die Deutschnationalen 4.000. Die Sozialdemokraten gewannen insgesamt 65.000. Davon stammen 27.000 von den Kommunisten. Der sozialdemokratische Zuwachsstreit von 38.000 Stimmen entstammt den 44.000 nationalsozialistischen Stimmen, die nicht zu den Deutschnationalen gegangen sind.

Die Propagandisten des Bürgerkriegs, zu denen vor allem die „Berliner Borsenzeitung“ gehört, stehen vor einem unlöslichen Dilemma: Ihr großes Spiel läßt sich nur vertiefen, wenn ein großer Teil der deutschen Arbeiter ins Lager der Rechtsparteien abmarschiert. Die Demaskierung der Völkischen und die drohende Gefahr des Bürgerkriegs hat aber bereits einen gewaltigen Teil der ins nationalsozialistische Lager verirrten Arbeiter zur Sozialdemokratie zurückgeführt. Was nun? Der „Börsen-Kurier“ meint, diese Rückwanderung der deutschen Arbeiter zur Sozialdemokratie müsse auf die Rechtsparteien ein sehr eindringlicher Fingerzeig für ihre innerpolitische Bedrückung sein. Man dürfe künftig nicht mehr die Betriebe den Sozialdemokraten und Kommunisten überlassen. — Der erste Versuch, diese Taktik durchzuführen, dürfte zeigen, daß sich der „Börsen-Kurier“ auf dem Holzwege befindet.

Gottfried Kellers Iaher Groschen.

Gottfried Keller hat bekanntlich einen schweren Lebenskampf mit inneren und äußeren Widerständen geführt, und wenige ahnen, auf welche schmerzhaften Pflichten Boden die goldenen Früchte seiner Dichtung reifen. Dieses ergreifende Lebensdrama des Dichters können wir in dem trefflichen Bunde verfolgen, den Ernst Hartung im Verlag von Wilhelm Bangenwische Brand aus Briesen und Gebirgen des Meisters zusammengestellt hat. Ein besonders bitteres Erlebnis, auf das der Dichter als bitteres Erlebnis, auf das der Dichter als alter Mann öfters zurückgekommen ist, postierte ihm während seiner Berliner Zeit, in der der „Grüne Heinrich“ erschien und seine schönsten Romane aus den „Leuten von Seltsopla“ entstanden. In einem Brief an Ernst Kuh hat er diese Geschichte folgendermaßen erzählt: „Ich war schon 30 und ein oder zwei Jahre alt, als ich in der Wöhrenstraße in Berlin in keinem schönem Hause wohnte. Ich war in guter Gesellschaft eingeführt, aber wenig bekannt, geriet in Geldverlegenheit und konnte nicht mehr studienmäßig verfahren, verstand nicht einmal, auf gute Art ein Mittagessen zu borgen. So hatte ich mich mit wenig Mühe hinausgeschwindelt, um die endliche Geldanleihe zu erhalten, die nicht mehr lange ausbleiben konnte. So besah ich eines Abends noch fünf Silber Groschen, als mich ein Bildhauer in die Wagnersche Biernebe abholte, wo verschiedene damalige Notabeln saßen, unter anderen der verstorbene Melchior Meier, die nicht recht wußten, was sie aus mir machen sollten. Ich trug nur Sorge, daß ich noch einen Groschen übrig behielte, indes ich dachte, du kommst morgen mittags noch ein Bröckchen kaufen, so geht der Tag hin! Wichtig, am anderen Mittag überzeugte ich mich, daß das Ruder noch da sei, gehe in einen großen Bäderladen in der Nachbarschaft und nehme einen Groschentveden, gebe den Groschen. Die lange, etwas verdriehliche, aber elegante Bäderstochter befehlte den Groschen; die Kellnerin vom vorigen Abend hatte mir einen unglücklichen, berrufenen Großkling irgendeines deutschen Kaufstandes gegeben, was ich nicht wußte und verstand. Die Bäderin sagte: „Der wird nicht genommen, es ist ein falscher!“ Ich habe keinen andern und muß das Brot wieder aus der Hand geben und mich aus dem Laden drücken mit meiner Ekstase während die Person mich vom Kopf bis zum Fuße betrachtet. . . . Ich brachte den Tag richtig ungeschaffen zu und mußte am anderen Morgen denn doch Geld borgen, was viel leichter von statten ging, als ich geglaubt hatte. Wäre ich nicht so unpraktisch gewesen, so hätte ich das kleine, aber bedeutsame Doppelgestirn der beiden Weiber nicht gesehen; denn es ist ja gleichgültig, ob es sich um den Kopf eines Mannes in einer Tragödie oder um einen Groschentveden handelt.“

Tages-Neuigkeiten.

Hoch weht die Fahne schwarz-weiß-rot!

Der „Tag“ als Anwalt der Hohenzollern.

In derselben Nummer des „Tag“, in der Herr King wieder einmal den Berliner „Vorwärts“ moralisch erledigt, weil er dem alten Deland von Lubendorff-Bindströms Gnaden, dem Generalkommandant „von“ Hindenburg nicht die verdiente Ehre als „Nationalheld“ zuteil werden läßt, drückt der Theaterzensur für Teplitz (in der nationalsozialistischen Presse bedeutet dieses Ressort die Organisation von Theatertruppen) eine ganze für den Hohenzollern Friedrich II. (den „Großen“). In Teplitz wurde die „Gestohlene Stadt“ von E. E. Risch aufgeführt, nach dem „Tag“ ein „Schandstück von unechter Bewandlung“. Nun soll über den literarischen Wert des Dramas hier nicht diskutiert werden. Ueber den behauptet sich auch der „Tag“ nicht. Ihm hat es die Tendenz des Stückes angetan. Die Entrüstung über die unwürdige Behandlung des großen Soldatenschänders, der seinen „tapferen Krieger“ d. S. Wort zurief: „Ihr Hunde, wollt ihr denn ewig leben?“ zeigt der „Tag“ in kräftigen Worten:

„Fast unglaublich ist die Tatsache, daß Risch den großen Friedrich als einen geprellten, schlappschwänzigen Feigling hinstellt, den Bauer Kaiser hier um Gelden der Komödie macht, der den vergewaltigten König wieder auftricht und ihn dabei mit Dieben und Dirnen in Verbindung bringt, die schließlich als Ehrengäste an des Königs Seite saßen. Nicht nur, daß eine verkleidete Prager Vorstadtdirne u. a. sogar die ihr dargereichte Hand des Königs verschmäht! (Als ob Könige nie mit Dirnen zutan hätten! Ann. d. R.) Auch die deutsche Frauenwürde wird begehrt, indem der Autor behauptet, die Frauen seien nur dazu da, um mit Männern zu schlafen. Selbst fremde Nationen haben es nicht gewagt, an der Größe König Friedrichs II. zu rütteln und haben ihm als einem der größten deutschen Fürsten ihre Bewunderung gezollt (?). Einem kommunistischen Juden blieb es vorbehalten, die Erblichkeit Friedrichs lächerlich zu machen, aus dem Bestreben heraus, alles, was uns Deutschen groß und heilig ist, zu verkleinern und in den Kot zu zerren. Ein zerkleinerter Geist feiert hier wahre Orgien, jener Geist, der sich zu wahrhaft menschlicher Größe emporschwingen vermag und nur in den sunnigsten Niederungen des menschlichen Lebens eine Heimstätte finden kann. Wir lehnen das Stück mit Entrüstung ab und verschmähen es daher auch, die zum Teil erstklassigen Leistungen der einzelnen Darsteller zu würdigen. Ein Sturm ohne gleichen hätte sich im ganzen Hause erhoben müssen, wäre es von Männern und Frauen besucht gewesen, die wahrhaft deutscher Gesinnung sind. Leider drang die Empörung nicht durch. Eigenartig muß es berühren, daß die Theaterdirektion dem Teplitzer Stadttheater die Schande einer solchen Aufführung nicht erspart hat und daß sich echtes Künstlerum deutsches Blut zu einer solchen Darstellung widerstandslos hergibt. Parteigenossen, Gesinnungstreue, Deutsche! Wir warnen vor dem Besuche dieses Schandstückes!“

Auf „wahrhaft menschlicher“ Höhe steht nur ein Teplitz, der seine homosexuellen Lüste an Soldaten und an den Kindern der Hänglinge ausließ, der sein Volk auslaugte und seine Soldaten hinschlachtete. Leider bringt die Empörung immer noch nicht überall durch, wenn ein Blatt, das wahrhaft in die „sunnsigsten Niederungen“ gehört, sich um Richter über literarische Werke noch dem Maßstab ihres „patriotischen Gehalts“ aufwirft und den abgetakelten Hohenzollern Ruhmeskränze schieft.

Allen: Genossen und Genossinnen zur Nachahmung! Gegenüber einer Versammlungstour durch den Böhmerwald gelang es einem Parteigenossen, durch die Anregungen, die er den Vertrauensmännern gab, sowie durch eigene Werbestätigkeit nicht weniger als 80 neue Anhänger unseres Kreisblattes für den Böhmerwald zu gewinnen. Die Versammlungen selbst, die im Rahmen unserer Provokation gegen das herrschende Regierungssystem abgehalten wurden, waren massenhaft besucht. So waren in der Versammlung in Eleonorenheim, einem Orte, in dem wir überhaupt keine Parteiorganisation besitzen, hunderte Arbeiter anwesend. Diese Erfolge im Böhmerwald sind ein Beweis dafür, daß es überall in den deutschen Gebieten diese Stades noch genug Gebiete gibt, die unangeführter Boden für unsere Bewegung sind. Diese Gebiete zu erkaffen, in anderen unermüdlich neue Kämpfer zu gewinnen und zurückzugewinnen, das ist die Pflicht jedes einzelnen. Nur in rastloser Kleinarbeit wird die Basis unserer Bewegung widerstandsfähig gemacht für die schweren Kämpfe, die wir immer wieder, solange der Kapitalismus die Welt regiert, zu bestehen haben werden.

Kunst ist Staatsgefährlich. Um dem aus der Hölle von Niederhöhenfeld entronnenen Dichter Ernst Toller zu beweisen, daß er sich hier keineswegs in einer Republik befindet, die Wert darauf legt, sich von Bayern zu unterscheiden, war zur Vorlesung Tollers ein Regierungsvertreter erschienen. In voller Wut, goldbetreht und geschmückt, trat ein Herr auf den Plan, der zunächst an der Seite des Dichters Platz nehmen wollte. Schließlich ließ er sich dazu bewegen, das Podium zu räumen und im Saale Platz zu nehmen. Dadurch wurde dem Publikum das Schauspiel erspart, Tollers Kampf gegen Polizei- und Richterübermut illustriert zu sehen. Immerhin muß man auch nach

diesem „Jugendsünden“ fragen, wer die „Jede“ hatte, Toller durch Polizei überwachen zu lassen.

Ein neuerlicher Kassenbruch in Teplitz. Die Sicherheitsverhältnisse in Teplitz werden immer schlechter. Gestern in der Mittagszeit wurde nämlich in das Postamt 3 in Teplitz, Schlangenbadstraße, eingebrochen und die Kasse geöffnet, wobei den Dieben 36.000 Kronen in die Hände fielen. Also sind die Eindrehler schon so sicher, daß sie ihr Handwerk nicht mehr in der Nacht, sondern bei hellem Tage ausüben.

Die Toten sind jetzt die Schuldigen! Das Regierungskommissariat für Berg- und Hüttenangelegenheiten im Ministerium für die Verwaltung der Slowakei meldet über das Unglück, das sich in den Hütten von Kriegerhoj (Gandlota) ereignet hat, als am 3. ds. um 4 Uhr früh sich an den Arbeitsstellen Nr. 109, 110 und 111 in der Brandhütte Gase entzündeten, wobei fünf Arbeiter und ein Aufseher Brandtunden erlitten und ein Arbeiter durch einen Förderwagen schwer verletzt wurde. Die Verwundeten bis auf den Lehgenannten kamen ins Krankenhaus. Bis zum heutigen Tage sind von den Verwundeten fünf gestorben. Zwei weitere Personen wurden leicht verletzt. Die Unglücksstätte war durch häufige schlagende Wetter bekannt, weshalb Schutzvorrichtungen getroffen wurden, die zwar eine Explosion der Gase unmöglich machten, jedoch nicht genügten (!), eine Entzündung der Gase zu verhindern, doch hätte das bei gehöriger Aufmerksamkeit (?) der an ihren Brandtunden gestorbenen Arbeiter verhindert werden können. — Die Schutzvorrichtungen genügten also nicht — schuldig sind jedoch die Toten, die keine Anklage mehr erheben können.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Dieser Tage ereignete sich in den Witkowiher Eisenwerken ein Unglück, dem der 25jährige Arbeiter E. Bohda aus Polanka zum Opfer fiel. Bohda arbeitete am kritischen Tage beim Ausleeren von Eisenabfällen mittels Kran. Den Arbeiter wurde immer ein Glockenzeichen gegeben, damit sie sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen oder zur Seite springen konnten, wenn die Eisenstraße vom Kran herabfiel. Ein solches Glockenzeichen hat nun Bohda sicherlich überhört und blieb stehen, während seine Arbeitskollegen noch rechtzeitig zur Seite wichen. Ein herabfallendes Eisenstück traf den Bedauernswerten, der mit zerklüftener Schädeldecke zu Boden stürzte und am Wege ins Krankenhaus starb. Bohda heiratete erst vor kurzer Zeit und ist Vater eines einige Monate alten Kindes.

Weiße Eisenbahnministerium davon? In Schaboglad, Bezirk Soos, hat sich eine Musikkapelle gebildet, die aus tschechischen Eisenbahnern besteht. Diese Kapelle hält der Einfachheit und Bequemlichkeit halber ihre Musikproben in Wartesaal des Schaboglad Bahnhofs ab. Es ist dies ein gelungenes Gegenstück zu der Station Schels, wo ein tschechischer Vorführverein im Amtstale des Stationsvorstandes amtiert.

Zum Gewerkschaftskongreß. In dem Bericht über den Gewerkschaftskongreß soll es bei Ausführung der Namen der neugewählten Mitglieder der Zentralgewerkschaftskommission statt früher Anton richtig Schäfer Anton heißen.

Ein Kind in einem brennenden Zimmer erstickt. In der Kellerwohnung der Handkutschmacherschilf Josefine Hofmann in Prag-Zitov brach gestern während deren Abwesenheit ein Feuer aus. Hausbewohner erbrachen die Wohnungstür und retteten den schon bewußtlosen vierjährigen Sohn der Frau. Das 17 Monate alte Kind war jedoch — erstickt. Das Feuer konnte in kurzer Zeit gelöscht werden.

Aufhebung eines Nordkomplots. Der wegen des Mordes an dem Geher Douzovska zu lebenslangem Kerker verurteilte Dittlieb Jibel wurde im Dezember des Vorjahres in die Strafanstalt in Pankraz eingeliefert. Als Mischkudige waren seiner der Lehrer Sniček, eine gewisse Sobotoda und der Sohn des Gemeindevorstehers von Radwanitz Holub verurteilt worden. Man erinnere sich aus der langwierigen Strafverhandlung an die Kronzeugin Zusta, in deren Aussage eine gewisse Unklarheit war. Man sprach damals von einem Kuffen, dem „Großen Konstantin“, der den ersten Schuß abgefeuert habe und dann gestorben ist. — Der in Pankraz befindliche Jibel machte dort die Bekanntschaft eines Kuffen, der dieser Tage in Freiheit gesetzt wurde. Diesem gab er einen Brief an seine Frau, die er ersuchte, dem Kuffen 5000 Kč auszuhändigen, da dieser in Gemeinschaft mit seinen Söhnen die Zeugin Zusta und den Gendarmerechtheinmeister Kral umbringen sollen. Von dort sollte der Kuffe in seine Heimat zurückkehren und von dort aus in einem Briefe an das Prager Gericht als der „Große Konstantin“ ein reumütiges Schuldbekenntnis ablegen, daß nämlich kein anderer als nur er allein auf den Geher Schüsse abgefeuert habe. Jibel hoffte, auf diese Weise die Revision des Prozesses und seine Freiheit zu erlangen. Er hat, wie der Kuffe aussagt, diesem gestanden, daß sowohl er als der Lehrer Sniček auf den Douzovska geschossen haben. Als der Kuffe zur Frau des Jibel kam, zeigte diese sich informiert, zahlte ihm aber nur 1500 Kč aus. Der Kuffe trieb sich dann in Wirtshäusern herum und zeigte schließlich die ganze Angelegenheit der Gendarmerei an. Bisher wurden neun Personen verhaftet.

Eine gräßliche Unfälle hat sich am Samstag in Leitmeritz ereignet. Der dortige Elektrotechniker Richard Eichel begie seit langem den Verdacht, daß er von seiner Frau mit einem seiner Freunde, den er in selbstloser Weise unterstützt hatte, hintergangen werde. Mit Hilfe einiger Kollegen legte er ihr eine Falle und gab vor, daß er die Nacht über in die Arbeit müsse. Als er weggegangen war, empfing seine Frau ihren Liebhaber; die beiden suchten zunächst ein Gasthaus auf und begaben

sich gegen 12 Uhr nachts nach Hause. Der Mann und seine Genossen hatten auf die Rückkehr des Paars gewartet. Als der Mann Kopfe und Einloß verlangte, wurde ihm erst nach längerer Zeit aufgemacht, so daß der Liebhaber durch eine rüdwärtige Tür entweichen konnte. Es kam zu einer heftigen Szene zwischen dem Ehepaar, und als der Mann erklärte, er wolle nur sein Kind und seine Sachen holen, stürzte sich die Frau mit einem Messer auf ihr Kind, um es mit dem Rufe: „Nun ist alles aus!“ zu töten. Es gelang aber noch rechtzeitig, das Kind in Sicherheit zu bringen. In dem Moment jedoch, als die Frau unbeachtet war, stach sie sich ein Messer in die Brust und starb nach wenigen Minuten infolge innerer Verblutung. Der Mann erstattete sofort die Anzeige bei der Polizei, die ihn unterhaftet ließ, da die Zeugen den Hergang des Selbstmordes bestätigen konnten.

Sonntagsverkauf vor den Weihnachtstagen. Laut Verordnung des Präsidenten der politischen Landesverwaltung in Prag vom 28. April 1924 betreffend die Sonntagsruhe in dem Handelsgewerbe ist die Sonntagsarbeit nur am Sonntag den 21. Dezember d. J. von 8—12 und 14—18 Uhr gestattet. Am Sonntag, den 14. Dezember müssen alle Handelsgeschäfte gesperrt sein. Die Arbeit am Sonntag den 21. Dezember gilt als Ueberstundenarbeit und muß laut Kollektivvertrag des Handelsgremiums mit 100 Prozent Erhöhung bezahlt werden.

Die Abgabe von Unterhaltungen. Nach Informationen der „Lid. Lita“ werden die Vorschriften über die Einhebung der Abgabe von Unterhaltungen Gegenstand von Erörterungen bei der Neuordnung der Gemeindeordnung in Wien, an der das Ministerium des Innern arbeitet. — Der Stadt Prag wurde die Einhebung einer Gebühr für die Einsetzung von Feuerwehren bewilligt. Diese Gebühren belasten sehr oft die Vermögenslosigkeiten, die der Luftabgabensteuer unterworfen sind. Der Ertrag dieser Feuerwehrgeldsteuer ist unbedeutend, weshalb das Finanzministerium der Zentralverwaltung der Stadt Prag die Anregung gegeben hat, die Aufhebung der angeführten Gebühr zu beschließen.

Wintersportzüge im Erzgebirge. Bei günstigem Wetter im Erzgebirge werden wie im Vorjahre an Sonn- und Feiertagen vom 14. Dezember d. J. bis Ende jeder 1925 Sondersportzweizüge von Prag Masarykbahnhof nach Weipert zur Einführung gelangen. Abfahrt von Prag Masarykbahnhof 4.50 Uhr, Schmiedeberg an 9.01 Uhr, Weipert an 9.20 Uhr, Rückfahrt von Weipert 16.50 Uhr, von Schmiedeberg 17.13 Uhr. Ankunft Prag Masarykbahnhof 21.40 Uhr. In derselben Zeit wird an Sonn- und Feiertagen der in der Strecke Moldau—Brüx verkehrende Personenzug 1312 bis nach Laun geführt. Abfahrt von Moldau 19.11 Uhr, Ankunft Laun 21.58 Uhr. Für den Zug 1312 gelten sämtliche Ermäßigungen, welche in den normalen Fahrplannummern gültig sind. Bei ungünstiger und für die Ausübung des Wintersportes ungeeigneter Witterung werden diese Wintersportzüge abgebrochen. Das wird am vorhergehenden Nachmittag mittels Zeitungsbericht und mittels Rundmachung in denjenigen Stationen, von welchen die Züge benützt werden können, veröffentlicht.

Wie sieht ein Nationalist aus? Einer der eifrigsten „Gott strafe England“ Deutschen und Führer der Vaterlandspartei in Nordschleswig war der Amtsvorsteher Landwirt J. Clausen in B.oo. Er betätigte sich während des Krieges eifrig im deutschen geheimen Nachrichtendienst — bis Deutschland zusammenbrach. Da wurde er plötzlich ebenso eifrig dänischer Nationalist, als er vorher deutscher gewesen war. Er gehörte zu den Nordschleswigern, die Dänern 1920 beim dänischen König in Audienz erschienen und von ihm verlangten, daß Dänemark Flensburg annektieren sollte, ebenso meldete er sich bei der internationalen Nordschleswig-Kommission als Kommissar, wo man ihn aber hinauswarf. Trotzdem erfreute sich der ebenso nationalstolze wie wandelbare Herr bis zum heutigen Tage größten Ansehens in den Kopenhagener Eiderdänzentreisen. Dieses Verhältnis hat nun aber mit einer peinlichen Vertragsstiftung geendet. Clausen, der für seinen „Patriotismus“ viel Geld verbrennt, hatte in Paris, wohin er merkwürdig oft reiste, einen Deutsch-Amerikaner angeknüpft und ihm als Sicherheit Obligationen elsass-lothringischer Städte im Werte von 457.000 Mark und Aktien einer nordfranzösischen Kellerei von 30.000 Franken übergeben. Das war sein Verdober, denn diese Aktien waren von einem in Grandpre in den Ardennen wohnenden Franzosen als sein Eigentum, das ihm während der deutschen Besetzung Grandpres 1916 gestohlen worden war, angemeldet. Der Amerikaner und die französische Staatsanwaltschaft haben gegen Clausen Anklage erhoben und Kopenhagen sieht einem Skandalprozeß entgegen, der wohl manches Licht auf das „selbstlose“ Treiben des wandelbaren Chauvinisten werfen wird.

Ein Musterbeispiel kommunistischer Leichtfertigkeit. Das Neubureau hat am 26. November folgendes Telegramm ausgesandt: Genderson ist zum bevollmächtigten Minister in Kairo ernannt worden. Er wird als solcher den Oberkommissar Allenby unterstützen.

Das Organ der Wiener Kommunisten, die „Rote Fahne“, bringt diese Nachricht unter dem Titel: „Der Sozialist Genderson als Helfer der ägyptischen Unabhängigkeit, und sagt in diesem groß aufgemachten Artikel über Genderson:

Die konservative Regierung sendet heute ihren Botschafter nach Kairo, um das ägyptische Volk dem englischen Imperialismus untertan zu machen. Genderson ist Mitglied der Zweiten Internationale, ein Genosse Friedrich Adlers und Otto

Das Telephon im Eisenbahnzug.



Ein mit Fernsprecher versehenes Abteil eines deutschen Eisenbahnzuges, in dem während der Fahrt mit Fernsprechanlagen in den Städten telephoniert werden kann. Die Eisenbahnstationen in größeren Städten haben für solche Verbindungen ein besonderes Verbindungsbüro, das die Reisenden mit der gewünschten Nummer in den Städten verbindet.

Banern, die so wunderhöne Resolutionen gegen den Krieg zu verfaßten verstehen. Ein Wiff der Imperialisten, und die Felder der Zweiten Internationale stehen im Kriegsfalle bereit.

Die politische Unmöglichkeit, daß die konservative Regierung nach ihrem großen Siege gerade ein Mitglied der gestürzten Labourregierung mit einer hochpolitischen Mission betraut, kann natürlich einen Kommunisten nicht zu dem Gedanken verleiten, es könnte in England auch noch einen anderen Sender geben. Tatsächlich ist der für Ägypten ernannte Minister nicht Arthur Henderson, sondern ein bekannter Beamter des Auswärtigen Amtes, der mit der Labour Party in keinerlei Beziehung steht.

Russische Willfür gegen Deutsche in Tiflis. Anfang Oktober wurde der reichsdeutsche Direktor des deutschen Technikums (Realgymnasiums) in Tiflis Jaedel verhaftet und kurze Zeit darauf eine weitere reichsdeutsche Lehrkraft dieser Schule. Bei anderen Lehrern fanden nächtliche Hausdurchsuchungen statt, ihre Papiere wurden beschlagnahmt und „Stadt-Arrest“ über sie verhängt, das heißt, sie durften die Dammstraße der Stadt nicht verlassen. Zu gleicher Zeit wurde ein neuer „Direktor“ der Schule eingesetzt, ein Balte, Miksch, ein Neffe des bekannten baltischen Dichters, der es als notwendig erklärte, in der Schule vermehrte politische Aufklärung zu treiben, und zunächst die Aufnahme neuer Schüler in die Schule „reformierte“. Die weitere Aufnahme von Kindern Deutscher wurde abgelehnt. Zwar mußten den Lehrern alsbald ihre Papiere zurückgegeben werden, Direktor Jaedel und sein Kollege wurden, der erstere nach 25, der zweite nach 14 Tagen Haft, entlassen, weil sich ihre vollständige Unschuld herausstellte, aber beide haben noch den „Stadt-Arrest“ bekommen. Der reichsdeutsche Anwaltmann, der mit Jaedel verhaftet wurde, sitzt noch in Haft! Am 15. Oktober wurde das deutsche Technikum (Realgymnasium) vom „Karlompros“ aufgelöst, die Klassen sollten in die deutsche Arbeitsschule überführt werden, das besondere Technikum, das als Handels- und Industrie-Technikum geführt und noch weiter ausgebaut werden sollte, und das eine glänzende Schule für Tiflis zu werden versprach, wurde als völlig aufgelöst erklärt. Dagegen proklamierte aber die deutsche Sektion der kommunistischen Partei und es gelang ihrem Einfluß und dem des Genossen Miksch, dessen neuerungene Direktorstellung zu behaupten. Der Zentral-Ausschuß der kommunistischen Partei („Zel“) hat gegen den Willen des Karlompros durchgesetzt, daß das Technikum bestehen bleibt. Was aber nun werden wird, wenn die reichsdeutschen Lehrkräfte weiter demagogisch behandelt werden und ihnen der Unterricht erschwert wird, wenn weiterhin die Aufnahme nicht von rein schulmäßigen, sondern durch den neuen Aufnahmeausschuß nur von rein politischen Beweggründen beeinflusst wird, das ist nicht abzusehen! Jedenfalls hat sich die berühmte „Nationalitäten-Freundschaft“ und gute „Nationalitäten-Politik“ der Russen in Tiflis schlecht bewährt und man sieht auch hier, daß die Prozis anders aussieht als die Moskauer Theorie!

30 Meter breite Verkehrsstrahlen im Ruhrgebiet. Ein großes Kulturwerk, das für das gesamte Ruhrkohlengebiet von großem Wert sein wird, soll in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden. Es handelt sich um den Bau von drei wichtigen Großverkehrsstrahlen innerhalb des wirtschaftlichen Industriegebietes. Der Plan ist vom Zwickauerverband ausgegangen. Tatsächlich haben die Verhältnisse mit der geradezu unhaltbaren Ueberlastung der vorhandenen Landstraßen durch Automobile, den Bau erzwungen. Dazu kommt, daß die vorhandene Arbeitslosigkeit den jetzigen Zeitpunkt zur Durchführung des Baues geradezu erfordern läßt. Die erste der drei großen Verkehrsstrahlen wird ihren Ausgang in Duisburg nehmen und über Essen-Wattenscheid Bochum nach Dortmund geführt werden. Die zweite Straße schließt das Gebiet zwischen Lippe und Emfcher auf und führt von Oberhausen nach Reckling-

hausen. Die dritte Straße, die die notwendigste ist, umgibt die langgestreckte Nord-Süd-Verbindung. Sie beginnt in Gattungen und läuft über Eppendorf—Wentfeld—Wattenscheid—Gelsenkirchen—Möbbeck nach Buer und Dorsten. Die Straßen werden eine Breite von 30 Metern erhalten und sowohl als Automobilstraßen wie zur Führung doppelgleisiger elektrischer Bahnen ausgebaut werden. Die Vorarbeiten sind bereits so weit gefördert, daß mit dem Bau in den nächsten Wochen begonnen werden kann.

Ein österreichischer Schilling = 1.44 Goldkronen. Im österreichischen Nationalrat wird in den nächsten Tagen das neue Schillinggesetz vom Finanzministerium eingebracht werden. Das Gesetz sieht die obligatorische Schillingrechnung nur im Verkehr mit staatlichen Behörden vor, während die Schillingrechnung in der Privatwirtschaft nur fakultativ gelten soll. Der Schilling wird, wie die „Neue freie Presse“ erfährt, zum Gold in eine fixe Relation gebracht, welche dem Verhältnis von 10.000 Papierkronen zu einer Goldkrone auf Grund des gegenwärtigen Kurzes entspricht, d. h. der Schilling ist 1.44 Goldkronen. Dementsprechend werden auch Goldmünzen, wahrscheinlich auch Stücke zu 25 und 100 Schilling, ausgeprägt werden. Als Scheidemünze werden der Stüber aus Bronze, Nickelmünzen zu zehn Stüber und ein, zwei und fünf Schilling-Stücke aus Silber geprägt. Diesen Scheidemünzen wird eine unbeschränkte Zahlkraft nicht eingeräumt.

Trotzli erkrankt? Die russischen Zeitungen veröffentlichen Mitteilungen der Aerzte über den Gesundheitszustand Trotzki's, aus welchen ersichtlich ist, daß Trotzli bereits die vierte Woche an einer durch Grippe hervorgerufenen fieberhaften Erkrankung leidet. Die von den Ärzten Obetier, Alexanders und Pevsner und dem Volkskommissar für Gesundheitswesen Semaschko unterzeichnete Mitteilung besagt: Wir betrachten die gegenwärtige Erkrankung als vollkommen analog der vorherigen. Sie ist jurisdizuführen auf die ständige Temperatursteigerung infolge des Wechsels des warmen Klimas im Kaukasus mit dem feuchten und kalten Klima in Moskau. Wir halten die schnellste Abreise Trotzki's nach einem der Kurorte mit einem warmen, milden Klima für notwendig.

Die Frage der Munitionserzeugung in Oesterreich. Bekanntlich hatte die österreichische Regierung in Ausführung des Friedensvertrages vorzusehen, daß die staatliche Munitionserzeugung in Oesterreich bezüglich der Artilleriemunition bei den Engländer Werken und bezüglich der Infanteriemunition bei der Firma Adler in Ober-Laa aufgenommen wird. Vorchriftsmäßig wurde die Enterte von diesem Vorstufschritte in Kenntnis gesetzt. Wie nun die „Neue freie Presse“ hört, hat dieser Tage die Reparationskommission die Errichtung einer Munitionsfabrik in Ober-Laa abgelehnt. Diese Entscheidung ist auch insofern von Bedeutung, als Ingenieur Adler seine Zustimmung zum Ausgange in der Wöllensdorfer Frage von der tatsächlichen Infallierung der Munitionsfabrik in Ober-Laa abhängig gemacht hat.

Furchtbare Nachbultat in Hamburg. Mittwoch abends wurde in Hamburg der 40 Jahre alte, in Smyrna geborene Kaufmann Fritz Westfeld verhaftet. Westfeld hatte in seinem, im Niederweg 8 gelegenen Grünwarengeschäft eine Frau Heinemann, ihre 21 Jahre alte Tochter Harriet und ihren 17jährigen Sohn durch Bauchschüsse schwer verletzt. Die Tochter ist bereits im Krankenhaus gestorben, während der Zustand von Mutter und Sohn besorgniserregend ist. Der Täter erklärte Polizeibeamten, daß er seine Pflicht getan habe. In seiner Wohnung liege ein gewisser Dalists, dem er den Schädel eingeschlagen und durch Messerstiche den Rest gegeben habe. Kriminalbeamte fanden in einem Hinterzimmer der Wohnung Westfelds den 37jährigen in Serres ge-

borenen Thomas Dalists auf. Die Leiche wies tiefe Schnittwunden am Halse auf und in der Brust steckte ein Dolchmesser. Westfeld hatte Dalists am Sonntag ermordet. Er verschloß dann alle Türen und begab sich in sein Geschäft. Er befand sich in Geschäftsverbindung mit Dalists. Der Ermordete war der Bräutigam der Harriet. Der Mörder sprach keine Befriedigung darüber aus, daß ihm die Rache gelungen sei.

Tragisches Ende einer Hochzeit. Vorher Blätter bringen aus Lyon einen Bericht über den tragischen Abschluß einer Hochzeit. Die Automobile, in welchen die Hochzeitsgäste aus der Kirche fuhren, stießen bei einer scharfen Biegung gegen das Trottoir und überstürzten sich. Hierbei wurden sechs Personen getötet und sechs Personen, darunter das Ehepaar, ernstlich verletzt.

Zusammenstoß in den Süden. Auf dem Flugplatz von Galarate (Italien) stießen gestern nachmittags zwei Flugzeuge in der Luft zusammen und stürzten ab. Beide Piloten wurden getötet.

Doppelmord in einer italienischen Kaserne. In der Karabiner-Kaserne zu Branzi (Bergamo) trug sich eine furchtbare Tragödie zu. Ein angetrunken in der Kaserne zurückkehrender Karabinier wurde von einem Unteroffizier scharf getadelt. In der Wut schoß er sowohl den Unteroffizier als auch einen anwesenden Kameraden nieder. Bei dem Doppelmord soll ihm ein befreundeter Zivilist. Die beiden Täter flohen nach Ausführung des Verbrechens in die Berge, wo sie Selbstmord begingen.

Ein Kolandrama vor Gericht. Vor dem Polizeigericht in Lausanne fand ein Kolandrama seinen Abschluß. Ein Chauffeur, der, wie er vor Gericht behauptete, sich hatte umbringen und vorher feststellen wollte, wieviel Kolain hierzu nötig sei, stahl aus einer Apotheke ein Quantum des Giftes und veranstaltete mit fünf Frauen und drei Bekannten eine Kolainorgie. Die Folge war, daß zwei Frauen an dem Gifte starben. Der Chauffeur wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Jugendliche Straßenräuber. In Innsbruck verhaftete die Polizei zwei jugendliche Raubmörder, den 15jährigen Adolf Braunhofer aus Innsbruck und den 19jährigen Rudolf Madl aus Brigen. Sie haben in den letzten 14 Tagen wiederholt eine Reihe schwerer Verbrechen verübt. Ohne Pässe haben sie sich über den Brenner nach Italien geschmuggelt. Am 21. November stahlen sie in Meran aus einer von ihnen erbrochenen Kasse zwei Revolver. Am 23. November stahlen sie einen Kasten des Benediktiner-Klosters Siebenbrunn in der Nähe von Gries bei Bozen mit dem Rufe an: „Geld oder Leben“ und verletzten ihn durch einen Schuß in den Unterleib schwer. Der Kasten gab ihnen die Briefstasche, in der sich zwei (!) Lire befanden. Am 25. November töteten sie auf der Stortaler Straße eine Botin durch einen Kopfschuß. Einer von ihnen meinte, als sie das alte Weibchen sahen: „Lassen wir sie in Ruhe.“ Der Zweite erwiderte: „So viel Geld wird sie haben, daß wir übernachten können“, und gab den Schuß auf sie ab. Die Leiche warfen sie in das Bachbett und raubten ihr den Kufack mit 25 Lire. Am 26. November verübten sie einen Raubüberfall auf einen Bauern. Der Bauer erhielt einen Schreckschuß und konnte fliehen. Am 27. November bettelten sie im Dorf Tirol und gaben auf den Gemeindepolizisten zwei Schüsse ab, die ihn töteten. Weitere Erhebungen werden mit größtem Eifer gepflogen, um alle begangenen Verbrechen aufzudecken.

Heitner-Höhren auf Flugzeugen. Der Ingenieur Wolff vom Niederländischen Flugdienst hat eine neue bedeutende Erfindung gemacht, durch die das Prinzip des Heitnerischen Zylinders für Flugzeuge benutzt werden kann. Wolff hat solche Rotor-Zylinder auf Flugzeugen angebracht und damit sehr günstige Ergebnisse für den schnelleren Aufstieg erzielt. Die Steigfähigkeit ist um 27 Prozent geboben worden. Weitere Experimente sind unter der Aufsicht einer staatlichen Kommission im Gange.

Niesenschwärmepilge in Mexiko. Vor fünf Jahren verließen ungeheure Niesenschwärmepilge ihre zentralamerikanische Heimat und zogen in riesigen Schwärmen nordwärts, um neue Nahrungsgebiete zu suchen. Im vergangenen Jahre erreichten sie Mexiko und hinterließen Milliarden und Abermilliarden von Eiern, die nun vor wenigen Monaten eine tropische Sonne ausgebrütet hat. Seither sieht eine Armee von Niesenschwärmern, die weit größer ist als alle Armeen der Erde, unaufhaltsam nordwärts, überall ein Schreckensbild kahlgereifter Felder und Wälder hinter sich lassend. Mexikanische Reisende berichten, daß das ganze Land längs der Eisenbahn des Veracruz Isthmus bis zum Isthmus von Tehuantepec vollkommen kahlgereift ist. Die Bäume stehen ohne Rinde wie in der Sonnenhitze, verdorrt, eine tragisch sterbende Natur. Aus anderen Weichholzbäumen tropft roter Saft wie Blut. Die hungrigen Insektenchwärme haben sich bis in das Mark dieser Bäume eingestoffen. Die mexikanischen Farmer sind dieser Plage schutzlos ausgeliefert. Weder Regierung noch private Interessenten wissen, was sie dagegen unternehmen sollten. Ein systematischer Vernichtungskrieg würde gewaltige Kapitalien und ein Heer geschulter Leute nötig machen, Vorbedingungen, die nicht gegeben sind. So gehen die mexikanischen Farmer, die 18 Revolutionsjahre überstanden haben, an der Gefährlichkeit eines Insekts zugrunde.

Weiterüberblick vom 11. Dezember. In Prag war die Temperatur am Mittwoch zum ersten Male in diesem Monate unternormal. Die Abweichung betrug 0.2 Grad Celsius. Auch die Nachmittags-temperaturen sind niedrig, außer in der Südwestlokalität, wo die höchsten Werte noch immer fünf Grad Celsius Wärme erreichen. Im Durchschnitt werden Nachfröste von —5 Grad Celsius beobachtet, in den Bergteilen bis zu —11 Grad Celsius, in Mittel- und Westböden jedoch nur —1 bis —2 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter vom heute: Nebel, Nachfröste, ruhig.

Gerichtssaal.

Mordprozeß Haarmann.

Festsetzung der Zeugnisaufnahme.

Der Vorsitzende Wiedemann, bei dem die Angeklagten Witzel und Haarmann ein Verhältnis, etwa wie das eines Herrn zum Knecht bestanden habe, da er nicht davor, beobachtet habe.

Die Zeugin Maria Daniel, bei der Haarmann in der Neuen Straße gewohnt hatte, sagte aus, daß ihr Vater viel mit einem Knecht hantierte, Wasser getragen und auffällig oft den Abort benützt habe. Wenn wir morgens noch im Bett lagen, so erklärte die Zeugin, hörten wir immer ein suchbares Klopfen. Im Sommer war es noch nicht so, als Haarmann damit anfing. Die Hausbewohner begrüßten sich morgens oft mit der Frage: „Haben Sie wieder das Schaden gehört?“ Es war immer ein dumpfer Schlag zu hören.

Die hannoversche Kriminalpolizei.

Der Zeuge Kluges, Haarmanns Zigarrenlieferant, nennt Haarmann seinen besten Kunden. Er kaufte nur die besten Zigarren, während er bei Zigaretten, die er verschenkte, nicht so wählerisch war. Allmählich, so erklärte der Zeuge, hätten ihn Haarmanns Lebensgewohnheiten stutzig gemacht, er habe ihn beobachtet und verschiedentlich über seine Wahrnehmungen Anzeigen bei der Polizei erstattet. Haarmann habe fast jede Nacht Blut in seiner Wohnung gehabt und viel geklopft. Auf seine Frage, ob Haarmann meinte, der diesen jungen Leute, die bei ihm verkehrten, vielleicht Stellenvermittler sei, habe dieser nie geantwortet, vielmehr die Unterhaltung sofort auf ein anderes Thema gebracht. Auf die Anzeigen des Kluges bei der Polizei hat dieser immer nur die Antwort erhalten, er würde Nachricht bekommen, und dabei sei es dann geblieben. Mit Rücksicht auf dieses Verhalten der Polizei hat dann der Zeuge seiner Frau, die ebenfalls gegen Haarmann Verdacht geschöpft hatte, Anweisung erteilt, sich in dieser Angelegenheit nie wieder an die Polizei zu wenden.

Haarmann bezeichnete die Angaben des Zeugen in verschiedenen Punkten als unwahr und behauptete, Kluges sei selbst des öfteren im Bahnhof erschienen, um dort Hehlertgut aufzukäufen. Diese Anschuldigung verwarf der Zeuge in großer Erregung, so daß es schließlich ziemlich energischer Worte des Vorsitzenden bedurfte, um den Gang der Verhandlung wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

Der Vater eines Opfers wird auf Waffen untersucht.

Unter großem Andrang des Publikums wurde dann der Vater des von Haarmann ermordeten Robert Witzel einvernommen, von dem es hieß, daß er ein Attentat auf Haarmann beabsichtigt. Es waren besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Vor der Anklagebaute waren Schuttpolizisten aufgestellt und als der Zeuge den Saal betrat, wurde er sorgfältig auf Waffen untersucht.

Die Aussagen Witzels gipfelten in heftigen Vorwürfen gegen die hannoversche Kriminalpolizei. Witzel hatte seinerzeit im hannoverschen Polizeipräsidium den Schädel seines Sohnes zu sehen verlangt. Dies wurde ihm aber mit dem Bemerkten verweigert, daß nichts Besonderes an dem Kopfe zu sehen sei. Mit erregter Stimme rief nun Witzel in den Saal:

„Ich hätte längst zur Aufdeckung des Mordes beitragen können, wenn man mich den Schädel hätte sehen lassen, denn mein Sohn hatte ein besonderes eigenartiges Gebiß. Wir hatten der Polizei schon längst die Spur gezeigt, Haarmann war schon längst beobachtet worden, aber die Polizei wollte nur Sorbieren auf ihr Haupt sammeln. Wie war es möglich, daß nachher noch fünf Morde von diesem Schuft ausgeführt wurden?“

Der Vorsitzende ermahnte den Zeugen zur „Ma-

ßigung“, worauf die Verhandlung geheim erklärt wurde.

In der Nachmittagsverhandlung stellte der Vorsitzende auf Wunsch des Oberstaatsanwaltes fest, entgegen den Umständen der Gerichte, nach dem 25. Juni von Haarmann kein Mord mehr begangen worden sei. Die letzte Mordtat sei am 13. Juni geschehen.

Die Aussagen der entronnenen Jungen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung des Haarmann-Prozesses wurde die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Es wurden Zeugen über die Art des Verkehrs mit Haarmann vernommen, wobei ein Hilfsgejüngling mit voller Bestimmtheit aus sagte, daß Haarmann ihn gefesselt habe. Anfänglich habe er sich damit Geld verdienen wollen, daß er sich fesseln ließ. Während der Fesselung habe er jedoch Bedenken und Angst bekommen und habe durch Verhandlung mit Witzel Haarmann veranlaßt ihn freizugehen. Ein anderer Junge sagte aus, Haarmann habe ihn wohl im Saal mit einem Schlägelmesser in der Hand gefragt, ob er den Tod fürchte. Auf seine Verneinung habe Haarmann von ihm abgesehen. Auch ein weiterer Zeuge schildert, daß er unter gleichen Umständen gefesselt und erst auf seine Drohung von Haarmann losgemacht wurde. Haarmann bestreitet diese Aussagen und sucht die Unglaubwürdigkeit der Zeugen nachzuweisen. Schließlich wurde der in Haft befindliche 17jährige Hugo Witkowski als Zeuge vernommen, der erklärte, daß er weder allein, noch mit anderen jemals einen Mord begangen habe. Er habe allerlei für Haarmann gemacht und beim Ausgehen mit Grans auch für diesen. Haarmann sei gegen ihn von Haß erfüllt, weil er ihn verhaften ließ und weil er ihm Geld schuldig sei.

Die Leiche im Wandschrank.

Der Verteidiger Grans fordert Haarmann auf, endlich zu reden, wie er es für die Vernehmung Witkowskis angedroht hat. Auch der Vorsitzende spricht auf ihn ein, seine Aussagen zu machen. Haarmann bittet darauf, Grans die Frage vorzulegen, ob er ihm jemals einen jungen Mann zugeführt hat. Grans versucht bei der Aussage Witkowskis zu machen und will nicht mit der Sprache herumschlagen. Schließlich behauptet er, trotzdem er früher gestanden hätte, junge Leute Haarmann zugeführt zu haben, damit sie geprügelt werden, niemanden zu Haarmann gebracht zu haben. Er bleibt auch dabei, nicht gewußt zu haben, daß Haarmann junge Leute umgebracht habe. Demgegenüber bleibt Haarmann bei seinen früheren Aussagen. Zu Grans gewandt fragt er: „Wer hat denn die Leiche in den Schrank gelegt?“ und gleichzeitig gibt er die Antwort:

„Er und ich haben die Leiche angepackt und sie in den Wandschrank gelegt.“

Hier äußert der medizinische Sachverständige, daß eine besondere Fertigkeit dazu gehöre, um eine Leiche in diesen Wandschrank, der etwa einen Meter vom Fußboden entfernt liegt, unterzubringen und daß das nur zwei Leute schaffen könnten.

Die Frage des Vorsitzenden, ob Grans bei diesem Mord beteiligt war, verneint Haarmann. Grans war nicht beteiligt, aber er hat bei der Leiche geholfen.

Grans weist hier darauf hin, daß Haarmann alle diese Anschuldigungen nur aus Haß gemacht hat.

Aber Haarmann, einmal ins Reden gebracht, packt weiter aus. „Grans“, erklärt er, „pökte immer genau auf meine nervösen Zustände auf. Wenn er meinte, daß ich solche Zustände hatte, brachte er mir die Jungen, und so ist es dann eben geschehen. Grans hat mir auch einmal gesagt: Nimm doch nicht immer Jungen mit so schlechtem Zeug.“

Grans sieht sich immer mehr in die Enge getrieben und sucht sich damit zu helfen, daß er von der Tötung der Jungen nichts gehört habe, weil er an Haarmann für die Kleider bezahlen mußte. Bei Haarmann hat er sie gekauft, weil er sie viel billiger bekam als in den Geschäften. Dann wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und die Erörterung der einzelnen Mordfälle beginnt.

der zu bauen. Und wieder zerstörten die Wächter das Nest.

Der Gefangene, ein Maurer in einem bayerischen Dorf, schrieb am 18. Mai 1924 diesen Brief:

Herrn Festungsvorstand!

Ich bitte Herrn Festungsvorstand, den so schweren gepflasterten, geduldigen und überaus nützlichen und fleißigen Tieren ihr so hart und schwer erkämpftes Nestchen belassen zu wollen. Ich erkläre, daß dieselben mich nicht im geringsten stören und auch nicht beschädigen. Erwähnen möchte ich noch, daß sich in verschiedenen Gefängnissen Schwalbennester befinden und dieselben bei schwerer Strafe nicht zerstört werden dürfen.

Hochachtungsvoll

Rupert E. . . aus Kolbermoor.

Am 21. Mai gab der Festungsvorstand den satonischen Befehl: „Schwalben sollen im Stall bauen. Da ist Platz genug.“

Das ist, das sich inzwischen rundete, versiel dem Spruch: dem Gefangenen aber wurde eine Zelle gegen Norden gewiesen, die andere verschloß man.

Verwirrt, leidenschaftlich erregt fingen die Schwalben gleichzeitig in drei Zellen zu bauen an. Halb waren die Nester geschafft, doch Wächter entdeckten sie, und das Grausame geschah.

In sechs Zellen baute das Paar. Wer kann wissen, was sie trieb! Vielleicht die Hoffnung, daß die Menschen ihnen ein Nest gewähren aus Einsicht und ein wenig Güte.

Die sechs Nester wurden weggeführt.

Volkswirtschaft.

Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.

Auf dem Karlsbader Gewerkschaftskongress wurde zu dem genannten Punkte der Tagesordnung die nachstehende Resolution angenommen.

„Der zweite Kongress der im Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei vereinigten Gewerkschaften erblickt in der Schaffung guter Arbeiterchutzgesetze und in der Ausgestaltung der politischen und sozialen Gesetzgebung die Vorbedingung für den weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Der Kampf um besseren Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen die Auswüthungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört aus diesem Grunde zu den wichtigsten und vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften. Diese müssen auf die Erhaltung bereits erzwungener Arbeiterchutzgesetze und auf die Erreichung neuer sozialpolitischer Maßnahmen unumschneit bedacht sein und zu diesem Zweck ihren politischen Einfluß im Staate zu steigern suchen. Insbesondere ist dies in einer Zeit wie gegenwärtig notwendig, in der die Kapitalistenklassen aller Länder sich anstrengen, nicht nur jeden weiteren Fortschritt in der Sozialpolitik zu verhindern, sondern schon bestehende Errungenschaften auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes abzubauen und zu beseitigen. In der Tschechoslowakischen Republik schützen dabei die Unternehmer vor, daß die Industrie durch die bestehenden Arbeiterchutzgesetze überaus stark belastet sei und neue Arbeiterschutzgesetze ihre Entwicklung und ihre Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Industrie gegenüber unterbinden müßte. Gegen jede neue sozialpolitische Anwesenheit sollen die Arbeiterklassen Sturm und bieten mit Hilfe bürgerlicher politischer Parteien alles auf, um den weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung zu verhindern. Darüber, daß seit einigen Jahren

die sozialpolitische Gesetzgebung in der Tschechoslowakei arg ins Stocken geraten

ist, kann auch die parlamentarische Erledigung der Gesetzesvorlage über die Sozialversicherung nicht hinwegtäuschen. Vor allem handelt es sich bei diesem Gesetze um die Abtragung einer Schuld an die gesamte Arbeiterklasse, zu der der Staat verpflichtet war und die länger hinausgeschoben ein Verbrechen gewesen wäre. Was außerdem an sozialpolitischen Aufgaben in der Tschechoslowakei von den einzelnen Regierungen seit Jahren angehängelt worden ist, hat noch immer der Ausführung. Der Gewerkschaftskongress betont darauf, daß selbst wichtige Gesetzesvorläufe des Ministeriums für soziale Fürsorge über Verweiden der Unternehmerverbände dem Parlament nicht vorgelegt worden, sondern weil es so verlangt wird, im Ministerium liegen bleiben. So unter anderen der Gesetzesvorschlag über die Rechtsgültigkeit der Kollektivverträge und über die Einführung eines bezahlten Arbeiterurlaubes. Bei einem anderen Gesetz, das sich auf die staatliche Regelung der Arbeitsvermittlung bezieht, besteht es wieder die tschechoslowakischen Arbeiter durchgesetzt, daß es im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses nicht verhandelt wird, obwohl das Gesetz bereits die Zustimmung des sozialpolitischen Ausschusses gefunden hat. Gegen eine solche Behandlung sozialpolitischer Notwendigkeiten legt der Gewerkschaftskongress entschieden Protest ein. Er verurteilt das feindselige Verhalten der Unternehmergruppe gegen die bestehenden Arbeiterchutzgesetze und fordert die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Angestellten auf, sich mit ganzer Kraft für die strengste Einhaltung aller sozialpolitischen Errungenschaften

einzusetzen. Insbesondere sind mit allen zweckentsprechenden Kampfmethoden der gewerkschaftlichen Organisation

die offenen und versteckten Anschläge gegen den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag

zurückzuweisen und zu verhindern. Der Kongress wendet sich ebenso scharf gegen die Regierung der Tschechoslowakischen Republik und gegen jene politischen Parteien in der Tschechoslowakei, die sich der Unterstützung dieser wichtigen Fragen des Arbeiterschutzes ungenötigt bleiben und verschleppen werden.

Der Kongress fordert eine baldige Novellierung und Ausgestaltung des Betriebsauschussesgesetzes, die rasche Schaffung eines Gesetzes, das die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge sicherstellt, die baldige Erreichung von Arbeiter- und Angestelltenkammern, ein Gesetz über bezahlte Urlaube für Arbeiter, ein vollständiges Verbot der Sonntagsarbeit, ausgenommen dort, wo öffentliche und höhere Interessen in Frage kommen, ein den heutigen Verhältnissen entsprechendes Gesetz über die Betriebsaufsicht, die Reform des Handlungsgesetzes und der Vervollständigung aller Schutzmaßnahmen in jenen Industriegruppen, in denen die Beschäftigung mit besonderen Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten verbunden ist. Eine weitere Ausgestaltung des Jugendschutzes und der in der Industrie beschäftigten Frauen ist notwendig und auf das dringlichste zu fordern.

Den zahlreichen Widerständen gegen eine weitestgehende den Bedürfnissen und dem Schutze der Arbeiter- und Angestelltenklassen dienende Sozialgesetzgebung haben die Gewerkschaften entgegenzuwirken. Dazu bedarf es der notwendigen Einrichtungen, die in den angeschlossenen Gewerkschaftsverbänden zu schaffen und auszubauen sind. Insbesondere sind durch eine umfassende Aufklärungsarbeit die Arbeiter und Angestellten über den Wert des gesetzlichen Arbeiterschutzes aufzuklären. Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder dazu erziehen, daß sie selbst unter Zuhilfenahme der gewerkschaftlichen Kampfmethoden die Einhaltung sozialpolitischer Vorschriften sorgen und den Kampf um die Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung in der zweckentsprechend Weise auch durch ihre politische Tätigkeit führen.“

Kommunistische Kampfmethoden.

Wir erhalten folgende Erklärung, die für sich selbst spricht:

Der Betriebsausschuß der Arbeiterbäderei in Altroslau erklärt, daß die Ausführungen des Artikels der „Internationale“ vom 29. November 1924 unter dem Titel „Die Bäder der Arbeiterbäderei in Altroslau vor dem Kampfe“ nicht der Wahrheit entsprechen. In der stattgefundenen Gesellschaftersitzung der Arbeiterbäderei wurde dem Betriebsrate vonseite des Geschäftsleiters Gen. Lorenz mitgeteilt, daß die Vorarbeiten für einen neuen Vertrag soweit gegeben sind, daß die Vertreter der beiden Verbände in den nächsten Tagen behufs Erneuerung des Vertrages zusammenzutreten werden. Dies wurde von dem Betriebsrate der Bädereigenhelfen zur Kenntnis genommen, ohne daß die in der „Internationale“ mitgeteilte Drohung, daß am Montag in der Arbeiterbäderei die Arbeit ruhe, erfolgt wäre.

Altroslau, am 3. Dezember 1924.

Für den Betriebsausschuß:

Josef Horn m. p.

Josef Mannl, m. p.

Von der Leitung der Arbeiterbäderei erhielten wir ebenfalls eine Zuschrift, in welcher mitgeteilt wird:

Es ist nicht richtig, daß den Bädern der Arbeiterbäderei in Altroslau der Vertrag gekündigt wurde, sondern der Vertrag ist automatisch am 31. August d. J. erloschen, weil an diesem Tage der Kollektivvertrag, der zwischen dem Inhaber der Arbeiterbäderei und dem Verbande der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter bestanden hat, abgelaufen war.

Eine Erneuerung des Vertrages zwischen den beiden Verbänden war zur Zeit des Ablaufes nicht möglich, da eine Reihe Differenzen, die anlässlich der bekannten Angelegenheit der Bäderei in Zaag sich ergeben hatten, erst erledigt werden mußten.

Es ist auch während der ganzen verstrichenen Zeit nie die Rede von einem Bohabau gewesen, so wie auch in der letzten Zeit keine Gehaltsverhöhung zugunsten des Genossen Lorenz erfolgte. Weder Genosse Lorenz noch die übrigen Gesellschaftler bezogen von der Arbeiterbäderei einen Gehalt, noch eine sonstige Ehrenämter.

Es ist infolgedessen all das, was in der „Internationale“ behauptet wird, nicht wahr. Dies war dem Artikelverfasser sicher auch bekannt. Diese Mitteilungen sind nur dazu, um die Arbeiter-Institute in der Öffentlichkeit herabzuwürdigen. Und das ist ja auch eine Aufgabe, die die Bolschewiki zu erfüllen haben.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiliedchen!

Nesterkurm.

Von Graf Loller.

Einen Sommer lang lebten Schwalben in eines Gefangenen Zelle. Es war wie Gnade für ihn. Was sie ihm schenken, davon suchte er zu stammeln. Der Festungsverwaltung gefiel nicht, was er schrieb. Wer kann die strengen Forderungen einer Festungsverwaltung ergründen? Genug, es gefiel ihr nicht. Sie beschloß, daß der Gefangene seine Zelle, die dem Osten ihr vergittertes Auge zuehrte, verlasse, und wies ihm fürsorglich und mit väterlichem Bedacht eine andere an, die von Norden ihr kümmerliches Licht empfing und keiner Schwalbe Heim werden konnte.

Im nächsten Frühling, im Monat April, kamen die Schwalben wieder. Namen von irgendwo, aus Urwaldlandschaft und Sonnenraum, in das Gewirt lichter, nordischer Zelle. Sie fanden einen neuen Inzassen und waren bereit, auch diesem zu sein, was sie dem früheren gewesen. Da kam eines Tages das Buch ins Haus, das der Fürte reformt und über die Wauer, unerkennbar für die Fanghand der Wächter, geworfen hatte. Einige Stunden später postierten Aufseher in die Zelle, rissen „befehlsgemäß“ das fast vollendete Nest mit gleichgültig roher Gewalt herunter.

Wie erschralen die Schwalben, als sie ihre kleine Wohnung nicht mehr sahen. Mit ihren Schnäbeln zogen sie suchend den Dalbreis des Nestgrundes, flatterten ängstlich umher, lugten in alle Winkel der Zelle, fanden nichts. Schon am nächsten Tage begannen sie wie-

Ich weiß nicht, wievielmals Aufbau und Zerstörung einander folgten.

Sieben Wochen dauerte der Kampf schon, heldenhafter, ruhmreicher Kampf bayerischer Rechtsbeschützer wider den Geist tierischer Auflehnung. Ein paar Tage bauten die Schwalben nicht mehr, sie hatten wohl verzichtet.

Leise sprach es sich von Gefangenen zu Gefangenen: „Sie haben im Walsraum zwischen den Abflurhöfen eine Stelle gefunden, wo keiner sie entdecken kann, nicht der Späheblid des Wächters, der von draußen die Gitter abtastet, nicht der Späheblid des Wächters, der von drinnen Verboteinem nachspürt.“ Tellen lebte so seine Freude im Zellengang. So waren die Schwalben doch Sieger geblieben im Kampfe mit menschlicher Bosheit. Jeder Gefangene fühlte sich Sieger mit ihnen.

Doch die laufenden Wächter. . . An einem Morgen startete der Walsraum leblos und leer.

Nicht mehr bauten die Schwalben. Abends flogen sie in eine Zelle, nächtigen dort, eng aneinander geschmiegt, auf dem Baum des Schwalbenmännchens allein. Die Schwalbin war gestorben, wohl weil die Menschen ihr wehrten, fruchtbarere Eier zu bergen.

Was hier erzählt wurde, ist kein Märchen, Weichnis abgründiger Nachsicht menschlicher Drogen. Was hier erzählt wurde, geschah im Frühling 1924 zu Niederböhmenfeld.

Hoffmann heißt der Festungsvorstand und wenn er nicht befohlen wurde, wird er heute noch dort.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Eingesendet.

Wir haben inseriert, daß unsere Lokale Sonntag, den 14. Dezember, geöffnet sein werden, doch wurde dies inzwischen behördlich verboten.

Sonntag, den 21. Dezember bleiben unsere Lokale von 8-12 und 2-6 geöffnet.

Hochachtungsvoll: BUSCH

Damen- und Backfisch-Konfektion en gros und en detail, Prag, pffkopy 27. (Mitte des Grabens) Großer Bazar, nur 1. Stock, keine Schaufenster. 3118

Zugzug fernhalten!

Die Streiks in den Textilbetrieben in Schönlinde, Altschrenberg und Fumek sind noch nicht beigelegt. Es ist inselbedessen Pflicht aller Textilarbeiter, Zugzug in die genannten Streikorte unbedingt fernzuhalten!

Devitenturfe.

Prager Kurse am 11. Dezember.

Table with 3 columns: Gold, Ware, and exchange rates for various currencies like 100 holl. Gulden, 1 Billion Mark, etc.

Die tschechische Krone notiert in:

Table showing exchange rates for the Czech crown against other currencies like New York, Berlin, etc.

Das Reptil.

Du, Leser der bürgerlichen Presse, fütterst und nährst das Reptil, das deinen Geist vergiftet, deinen W. d. trübt.

Den „Sozialdemokrat“!

Der Kohlhausler-Traubl ihr Glanzstück.

Eine Bauernschnurre von Oskar Maria Graf. Ich weiß nicht, was man seit vorigem Jahr in unserer Gegend mit dem Unheißbaren anfangt.

was, dös, dös, was dös gang un'kund Feig rausjagt, murewelse sie, ganz und gar vertieft in ihre Unterfuchung.

Der Eheberer hat sich die Sache angehört, hat auf die wiederholte Versicherung der Traubl, daß diese Kur unbedingt von Erfolg sein wird, glatt und blank seine zehn Mark hingellegt und ist ganz erleichtert heimgekommen.

Es war grausam. Es war nicht mehr zum Ausschauen, wie es gestanden hat im ganzen Eheverhau, aber nachgelassen hat er nicht der alte Bauer.

Es vergingen zwei Tage, es vergingen vier Tage, es verstrich eine ganze Woche, aber von einer Besserung merkte der Eheberer nichts.

„Ja, Himmlerhottfaktament-faktament!“ fing er erboft an und kam fuchstentfchwid zur Traubl.

„An Dred hot's g'holfa, bei Hundskur, bei damische!“ fing er zu schimpfen an und verlor jeglichen Respekt vor der Traubl.

Aber die Traubl ist ganz brühtwarm sitzen geblieben und hat faulst glagelt: „Naja, dös glaab i scho! ... Dös r'ach i ja! ... Do host hoit an Goggdred draunterbrocht.“

Kunst und Wissen.

Gustav Mahlers „Zehnte Symphonie.“ (Prager Erstaufführung am 11. Dezember.)

Die Prager Erstaufführung der nachgelassenen und unvollendeten zehnten Mahler-Symphonie hätte bereits im Frühjahre im Rahmen des internationalen Musikfestes stattfinden sollen.

*) Die Gaskimik-Partitur des Werkes ist im Verlage B. Hofmayr (Wien) erschienen.

Gogols „Verbung“. Gogol ist eigentlich der europäischen Kulturwelt nur durch den „Revisor“ und seine Romane vertraut. Die im Weinberger städtischen Theater gastierende Gruppe des Moskauer Künstlertheaters erweitert jedoch diese Kenntnis durch das Lustspiel „Verbung“ („Zemitsa“).

Desopdine Konstantin gastiert mit dem Ensemble des Wiener Volkstheaters unter der Führung des Direktors Dr. Rudolf Beer am Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Dezember in der Titelrolle von „Maria Stuart“ und von Juldas „Zwillingschwester“.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Kurt „Der Troubadour“; Samstag nachmittags Urania-Vorstellung „Don Carlos“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Hidalla“; Samstag „Cio-Cio“; Sonntag nachmittags Gastspiel Threl: „Großstadtluft“.

KINO-PROGRAMM Vom 5. bis 11. Dez.

LIDO 10 Das schwache Geschlecht Komödie in 6 Akten

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prag. täglich 6 und 8 Uhr Nibelungen II. Teil, Kriemhildens Rache.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben Goldenes Kreuzel, Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft „Lidovj dum“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hyberská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

RESTAURANT VESELKA PRAG II., RÜZOVA 5. Menü A Kš 8.50 Erstkl. Küche, solide Bedienung.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Aus der Partei. Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag, Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ Sitzung der Bezirksleitung.

Jugendbewegung. Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag, Montag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, findet im Verein deutscher Arbeiter in Prag II., Smekch 27, ein Les-Abend statt.

Bereinsnachrichten. Touristenverein „Die Naturfreunde, Prag II., Jüngerova nam. 4. 14. Dez., Sonntag: Nachmittagsausflug, Treffpunkt 1er-Triele um 2 Uhr.

Turnen und Sport. 5. ordentlicher Bundesturntag des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes beruft den 5. ordentlichen Bundesturntag für den 11., 12. und 13. April 1925 ein.

Herausgeber Dr. Ludwig Czsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm R. e h n e r. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. G. in Prag.

Osram-Nitra opal. Gute Arbeit erfordert gutes, nicht blendendes Licht. Osram-Nitra-Lampen, opal sind blendungsfrei.

Kalla's Fischkonserven. werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überbevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Bircktion für die tschechische kische Republik empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Viehversicherungen zu kulanten Preisen.